

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Nr. 37.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinsinrate pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für Jahrl. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,

Sonnabend, den 12. September 1908.

Verlag: A. Dohrbach, Hannover, Münzstr. 6. Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III. Fernsprech-Anschluß 3002. Druck von E. A. H. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

## Jahresbericht der sächsischen Gewerbeinspektion 1907.

Die Berichte der sächsischen Gewerbeinspektion sind im August, nachdem schon an dem späten Erscheinen öffentlich Kritik geübt wurde, herausgegeben worden. Umfang und Inhalt rechtfertigen das späte Erscheinen nicht. Alle Kapitel sind nach Schema F zusammengestellt, nur selten findet man einen persönlichen Eindruck eines der Berichterstatter, meist sind es allgemeine Andeutungen mit vielen Wenn und Aber. Diejenigen Dresdner Arbeiter, die aus dem Verhalten einzelner Beamten den Schluß gezogen hatten, es würde auch in den sächsischen Berichten ein Umschwung in der Beurteilung der Arbeiterorganisationen eintreten, sind auch in diesem Jahre enttäuscht worden. Ist auch gegen die früheren Jahre ein kleiner Fortschritt wenigstens im Dresdner und Leipziger Bericht enthalten, so stehen die andern Inspektionen der Arbeiterbewegung noch immer völlig ignorerend gegenüber. Der Dresdner Bericht führt wenigstens in einigen Zeilen die Mitgliederzahl der Verbände, die Einrichtung des Sekretariats und dessen Frequenz, die Gewährung der Arbeitslosen-, Kranken-, Reise- und Maßregelungsunterstützung an. Nennlich berichtet auch der Meißener Bezirk, während der Freiburger nichts davon zu schreiben hat, dafür aber der Mittwelt die ungeheuer wichtige Tatsache bekannt gibt, daß in einer Glasfabrik des Bezirks ein Arbeiter mit königstreuer Gesinnung terrorisiert worden sei. Wenn schon von Terrorismus gesprochen werden soll, dann wäre doch bei der Schilderung der gelben Vereinigung der beste Platz gewesen, auch einmal ein Wort über den Terrorismus der Firma Seidel u. Naumann zu verlieren.

Alles Material, das die verschiedenen Gewerkschaften der Dresdner Gewerbeinspektion auf deren Wunsch über Zahl der Arbeitslosen, Dauer der Arbeitslosigkeit, Höhe der Arbeitslosen-Unterstützung usw. zur Verfügung gestellt hatten, ist unberücksichtigt geblieben, auch in dem reichhaltigen Kapitel über Wohlfahrts-einrichtungen findet man kein Wort darüber. Andererseits rechnet aber der Leipziger Beamte sogar die Einrichtung der zwei Unterrichtskurse der nationalen Arbeiter- und Gehilfen-Organisation in Leipzig unter diese Wohlfahrts-einrichtungen, ohne aber die viel älteren und weitergehenden Bildungsbestrebungen der freien Gewerkschaften zu erwähnen. Mit einigen Zahlenangaben über die Stärke der freien Gewerkschaften sind diese erledigt, während bei den nationalen Arbeiter- und Gehilfenorganisationen die Ziele derselben und die Mitgliederzahlen der angeschlossenen Verbände bekannt gegeben werden. In den andern Berichten sucht man vergebens eine Nachricht über Arbeiterorganisationen und ihre Wirksamkeit. Doch halt! Der Bericht des Zwickauer Beamten bemerkt als wichtigste Erscheinung des Jahres, daß in Werdau ein nationaler Arbeiterverein nach dem Muster des Krimmischauer gegründet wurde.

Aber das Ignorieren nützt den Herren nichts! In den Berichten über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft kommt der Einfluß der Arbeiterorganisationen deutlich zum Ausdruck. Von den meisten Inspektionen werden Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen gemeldet, die teils „freiwillig“, teils aus Furcht vor Verlust der Arbeitskräfte, oft aber unter dem Druck der Arbeiterschaft gemacht worden seien. Zu gleicher Zeit finden wir aber auch hier bestätigt, daß infolge der Teuerung die wirtschaftliche Lage der Arbeiter nicht immer verbessert werden konnte.

Im Bauzener Bericht heißt es: „Mit den im Berichtsjahre dem größten Teile der Arbeiterschaft gewährten oder von dieser erzwungenen Lohnerhöhungen, die 5 bis 20 Prozent, stellenweise auch noch etwas mehr betragen, haben die Preissteigerungen der Lebensmittel und der notwendigsten Bedarfsgegenstände, insbesondere auch der Kohlen, fast gleichen Schritt gehalten. Namentlich ist über die erhebliche Preissteigerung der oft sehr minderwertigen Kohlen geklagt worden.“

Im Dresdner Bericht heißt es: „Die Löhne haben im Berichtsjahre eine weitere Erhöhung erfahren, und zwar durchschnittlich um 10 Prozent, in einzelnen Fällen bis zu 25 Proz. Diese Lohnerhöhungen wurden teils freiwillig in Anbetracht des immer mehr verteuerten Lebensunterhalts gewährt, teils erzwungen sie, um Arbeitseinstellungen zu vermeiden. Den Lohnaufbesserungen steht eine weitere Steigerung der Preise für Nahrungs- und Genussmittel, sowie für Verbrauchsgegenstände gegenüber.“

Aus Leipzig wird berichtet: „Die Arbeitsgelegenheit war infolge des allgemein guten Geschäftsganges günstig zu nennen. In manchen Betrieben konnte der Bedarf an Arbeitskräften nicht gedeckt werden. Infolgedessen erfuhren die Arbeitslöhne wiederum in ausgedehntem Maße eine zum Teil recht wesentliche Steigerung, zumeist freiwillig, nicht selten aber auch unter dem Drucke von Arbeiterbewegungen und Ausständen.“

Nähnliches erfahren wir auch von Döbeln: „Flotter Geschäftsgang und Arbeitermangel vermochten nicht nur die

Löhne auf der Höhe des Vorjahres zu halten, sondern sie auch vielfach zu erhöhen. Diese Lohnaufbesserungen sind teils freiwillig erfolgt, teils von den Arbeitern erzwungen worden.“

Der Zwickauer Bericht meldet aus Aue: „Eine Herabsetzung der Löhne hat nirgends stattgefunden, wohl aber sind Lohnerhöhungen von 5—10 Prozent, vereinzelt auch bis 20 Prozent und darüber zu verzeichnen. Zu den im allgemeinen hohen Lebensmittelpreisen ist allerdings noch eine Verteuerung des Brotes getreten. Auch die Kohlenpreise zogen an.“

Trotz der im Vorjahre noch teilweise herrschenden guten Konjunktur melden einzelne Berichte die drohende Krise. So ist in Chemnitz am Ende des Jahres über verminderte Eingänge und allgemeine Verschlechterung der geschäftlichen Lage geklagt worden. In Plauen hatte der stolze Geschäftsgang etwas nachgelassen. In der Stickerindustrie war eine Verminderung des Verdienstes der Arbeiter zu erwarten.

Heute stehen wir nun mitten in der Krise. Und wenn schon im Vorjahre die Aufsichtsbeamtin von Dresden schrieb: „Die Verteuerung der Lebensmittel wird von der arbeitenden Bevölkerung sehr hart empfunden“, so ist das jetzt noch bedeutend schlimmer. Denn die Lebensmittelpreise sind nicht gesunken, wohl aber ist das Einkommen der Arbeiterschaft durch Arbeitsbeschränkung, Arbeitslosigkeit und Lohnabzüge stark vermindert worden. Und es ist unsres Erachtens ein schwacher Trost, in den Berichten längere Abhandlungen von Wohlfahrts-einrichtungen zu lesen, umso mehr, da in vielen der Preisfuß allzudeutlich zutage tritt.

Besonders bei den Abhandlungen über die Arbeiterwohnungen finden wir den Zweck klar heraus. Im Chemnitzer Bezirk haben 30 Betriebe, Wohnungen eingerichtet, in 9 Betrieben wird verlangt, daß bei Verlassen der Arbeit die Wohnung binnen 14 Tagen oder sofort geräumt wird. Der Bericht selbst bemerkt dazu: „Daß derartige Bestimmungen die Abhängigkeit des Arbeiters vom Arbeitgeber erhöhten und den Wert der Fürsorge beeinträchtigen, ist klar.“ In Dresden, Meissen, Leipzig, Döbeln, Plauen sind ebensolche Bestimmungen zu verzeichnen. Der Meißener Bericht leistet sich darüber den nachstehenden unverkennlichen Satz: „In den weitaus meisten Fällen existiert das Mietverhältnis mit dem Verlassen der Arbeitsstelle. Die hierin liegende Härte wird durch den Umstand gemildert, daß zumeist der Arbeiter das Arbeitsverhältnis löst und dies natürlich nicht eher tut, als bis er eine neue Wohnung gefunden hat.“ (?) Will also ein Arbeiter seinen Arbeitsplatz wechseln, dann sucht er sich erst eine neue Wohnung, und da der neue Arbeitgeber solange nicht wartet, bleibt er eben bei dem alten. Daß das der Zweck ist, sagt an anderer Stelle der Döbelner Bericht: „Zumeist kommt die monatliche und als kürzeste die für die Aufkündigung der Arbeit geltende Frist vor. Letztere will offenbar den Arbeiter am häufigeren Wechsel der Arbeitsstelle hindern.“

In einem Falle verzichteten daher die Arbeiter zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit auf die von dem Arbeitgeber gebotenen Wohnungen. Ein zutreffendes Urteil über die Art dieser Fürsorge gibt der Zwickauer Bericht: „Allgemein, auch in den Kreisen der Arbeiterschaft herrscht die Ansicht vor, daß die Beschaffung von Wohnungen durch Arbeitgeber in der Regel weniger ein Ausfluß der Arbeiterfürsorge sei, als vielmehr durch die Notwendigkeit veranlaßt werde, von auswärts herangezogene Arbeiter unterzubringen, und daß sie auch dem Bestreben entspringe, die Arbeiter an den Ort oder die Fabrik zu fesseln.“

An dieser Verbesserung der Arbeiterwohnungen sind aber die sächsischen Ziegeleiarbeiter nicht beteiligt. So berichtet Meissen: „Gegen die Art der Unterbringung von Wanderarbeitern war wiederholt einzuschreiten. In einer Ziegelei, in der mehrere Ehepaare einen gemeinsamen Schlafraum besaßen, mußte für jedes Ehepaar ein besonderer Schlafraum verlangt werden. In einem andern Falle befanden sich die Schlafstätten mehrerer Arbeiter in einem ganz unzulänglichen, nur durch Holzverschlüsse abgetrennten Raum über dem Ziegelofen, in dem die Arbeiter der Gefahr der Gasvergiftung und den Witterungsunbilden fast schutzlos preisgegeben waren.“

Im Bericht Aue finden wir folgendes: „Wenngleich die Trennung der Schlafräume für die Geschlechter im allgemeinen durchgeführt ist, so waren doch in einem Betriebe wieder diesbezügliche Anordnungen zu treffen. Es schloffen daselbst zwei Mädchen mit dem Ziegelmeister in einem Raum. In einem andern Raum schlief ein Arbeiter mit seiner 14jährigen Tochter in einem Bett, außerdem wurde das Zimmer noch von einem andern Ehepaar bewohnt. Auch nach anderer Richtung hin blieb manches zu wünschen übrig. So fehlten oft ausreichende Wascheinrichtungen und Decken zum Zudecken, bisweilen auch die genügende Zahl von Bettstellen.“

Nach dem Inhalt der Berichte zu schließen, hat die Dresdner Inspektion derartige Beobachtungen nicht gemacht.

Wir empfehlen ihr einen Besuch der Ziegelei Boffeder in Plauen und Möblius in Leutenich.

Zeigt uns der Bericht der sächsischen Gewerbeinspektion ein Bild des Aufschwungs, so müssen wir, da dieses Bild der Wirklichkeit seit langem nicht mehr entspricht, dafür sorgen, daß wir in der jetzt vorhandenen Krise das Ertrugene hochhalten. Traten viele Verbesserungen ein unter dem Druck der Arbeiterschaft und ihrer Organisation, so soll die letztere uns ein Schutz und Wall sein gegen Verschlechterungen aller Art, die trotz der hohen Anforderungen des täglichen Lebens uns jetzt mehr als je zugemutet werden.

## Ein moderner Don Quichotte.

Herr Alexander Tille, zurzeit Handelskammer-Syndikus und beruhsamäcker Scharmacher, hat Ende Juni auf der Hauptversammlung der süddeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie einen Vortrag über die Bildung einer Arbeitgeberpartei gehalten. Dabei hat er Ansichten zutage gefördert, die beweisen, daß er nicht nur den Arbeitern, sondern auch dem gesunden Menschenverstand „Krieg bis aufs Messer“ geschworen hat, wie sich ja überhaupt der Haß gegen die aufstrebende Arbeiterschaft auffällig oft mit einer Eigenschaft paart, die nach einem geflügelten Wort zum Kartoffelbau besonders befähigen soll. Herr Tille hat sich nicht damit begnügt, seine umgestülpte Weisheit den Unternehmern höchst eigenmündig kund zu tun, er hat sie auch noch auf schlechtes Papier drucken lassen und bietet sie der lese- und lachlustigen Mittwelt zum Preise von 10 Reichspfennigen zum Kauf an. Das ist das gute Recht des strebenden Herrn Tille.

Da nun aber in der gegenwärtig so ernsten Zeit ein wenig Erheiterung sehr angenehm empfunden wird, haben wir uns entschlossen, den Lesern des „Proletariats“ einige Kostproben aus dem wunderjamen Ragout des modernen Kaiserbecken-Ritters anzubieten.

Ueber die Liberalen. „Die ehemals liberalen Parteien sind so stark mit gleichmächterischem Gedanken, ja selbst mit kommunistischen Bären durchsetzt, daß bei ihnen die alten politischen Freiheitsideale in den Hintergrund getreten sind. Dagegen fühlt sich der Konservatismus heute auf den meisten Lebensgebieten als der Hüter der alten liberalen Ideale.“

Selbst eine blinde Henne findet zuweilen ein Korn. Auch Herr Tille hat eins gefunden, wenn er sagt, daß die alten Freiheitsideale bei dem Liberalismus „in den Hintergrund getreten“ sind. Was er aber von der „Gleichmacherlei“ und den „kommunistischen Bären“ des Liberalismus schwätzt ... Huh, hu, hu!

Ueber politische Zeitkrankheiten. Solche sind: Die Sokratische welche sich einbildet, daß man die Menschen aller ihrer physischen, geistigen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterschiede entkleiden müsse, um sie als politische Wesen betrachten zu können. Die Platonische, der Egalismus, die Gleichmacherlei, welche auf eine mögliche Gleichgestaltung aller Lebenslose im sozialistischen Sinn hinarbeitet. Die isopositive Denkschlange der Zeit, welche in den verschiedenartigen Dingen Gleichheiten sucht und Lebensgebieten eine Gleichberechtigung der Beteiligten andichtet, wo von einer solchen nicht die Rede sein kann. Die Populär-Technik der Sozialdemokratie, welche jeden kleinen Gewerbetreibenden in seinem wirtschaftlichen Dasein bedroht, der sich weigert, sich ihren Fährten anzuschließen. Der Sozialmoralismus, welcher in einer Zeit, in der die untern Volksschichten ihre Treue und Anhänglichkeit an die obere längst verloren haben, von diesen alle denkbaren Genußleistungen für jene verlangt. Die Demokratie, das Umbuhlen der Massen mit Schmeicheleien seitens der meisten Berufspolitiker, die, um den Handarbeiternmassen angenehmer zu sagen, deren Brotgeber herabzulassen sich bemühen. Endlich der utopische Promissionismus, mit dem der Reichstagskandidat den Massen das Himmelreich auf Erden verpricht, wenn sie ihn wählen.“

Herr Tille hat die Konfusiomatrie vergessen, das ist eine ganz gefährliche Zeitkrankheit. Ihr charakteristisches Kennzeichen ist, daß der von ihr Befallene sich für durchaus gesund, dagegen die übrige Menschheit durchgängig für krank hält. Eisbeutel und kaltes Wasser sind bewährte Heilmittel.

Ueber Sozialismus im preussischen Landtage. „Durch die zahlreichen, Sitte gewordenen Doppelmantel sind gut liberale Nationalliberale im preussischen Landtage dazu verleitet worden, bei den Reichstagswahlen sich an der Umbuhlung der Massen mit Versprechungen des Himmelreichs auf Erden zu beteiligen und sind dadurch Schritt für Schritt in sozialistische Gedanken hineingetrieben worden, die sie dann auch im preussischen Landtage betätigt haben.“

Sozialistische Gedanken von Nationalliberalen im preussischen Landtage betätigt, das ist beinahe so richtig, als wenn man dem Syndikus Dr. Tille nachsagt, er habe in seinem Vortrage sozialpolitische oder sonstige Einsicht bekundet.

Die nationale Industrie. „Die Industrie ist ungleich dem beweglichen Kapital national bis in die Knochen. Während jenes keine Landesgrenzen kennt, wurzelt sie nicht nur mit ihren Arbeitsstätten und Arbeitskräften fest im Heimatboden eines bestimmten Landes, sondern auch in dessen Wirtschaftsverhältnissen.“

Wenn die Industriellen ihre Betriebe ins Ausland verlegen, so geschieht das also nicht, um den deutschen Löhnen zu entgehen, sondern um nicht die süße Himmelsluft mit dem Rauch der Fabrikschloten zu verunreinigen, und die Heranholung von Hunderttausenden ausländischer Arbeiter hat lediglich den Zweck, die heimischen Arbeitskräfte zu schonen, ihnen Zeit zum Lebensgenuss zu geben, nicht aber den, die Löhne zu drücken.

Die Sünden des Nationalliberalismus. Unter dem Einfluß der deutschen Sozialdemokratie und des englisch-deutschen Sozialliberalismus hat es der politische Nationalliberalismus fertig gebracht, seine eigene liberale Vergangenheit zu verleugnen und den Freiheitsbegriff des Staatsbürgers, so weit derselbe industrieller Unternehmertum ist, ins Gesicht zu schlagen. Er hat dem zugestimmt, daß ein Ausnahmestück für den industriellen Handarbeiter geschaffen werde. Er hat dem zugestimmt, daß in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten Ausnahmegerichte für Handarbeiter und Handlungsgesellen geschaffen wurden. Er hat die staatliche Organisation der Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen mitbestimmen lassen, indem er durch eine unweisse Verteilung der Rechte und Pflichten den Arbeitern die Herrschaft über diese Kassen in die Hand gab. Er hat auf das Kranken- und Handlungsgesellen ganz neuerdings noch eine Prämie im Betrage des sechsmonatigen Gehalts setzen lassen. Er hat an dem großen Wendepunkte der Handarbeitergesetzgebung des Deutschen Reiches verfehlt, im Jahre 1899, als die Reichsregierung ein Gesetz zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses (Gesetz: Nachschubvorlage, D. R.) einbrachte, das bestimmt war, arbeitsfreundliche und wehrere Arbeiter vor Verhaftungen durch Streikwütige zu schützen. Er hat den Arbeitswilligen den Schutz des Gesetzes versagt und ihnen damit die Freiheit entzogen, ihre Arbeitskraft zu verteidigen. Wenn Streikwütige es nicht wollen, dann ist diese wichtigste Freiheit des Industriearbeiters im Deutschen Reich aufgehoben. Auch die Freizügigkeit hat er damit angefallen. Nach seinem Willen darf der Arbeitsfreundliche nicht mehr dorthin ziehen, wo reichlich Arbeit zu finden ist. Er hat die Grundlage der liberalen Gesellschaftsordnung, das Privateigentum, angefallen, indem er den Unternehmer und den Handarbeiter im Unternehmern für zwei gleichberechtigte Parteien erklärt hat. Nach den Wünschen des neuesten Nationalliberalismus sollen also künftig auch die Handarbeiter den Unternehmer entlassen dürfen.

Sinab in der Hülle tiefsten Pshul mit diesem Sander! Für die Sozialdemokratie, die den keuschen nationalliberalen Joseph zu all diesen Schanddaten verführt hat, ist selbst dieser Höllenpshul noch zu gut, sie werden dazu verurteilt, Lillibitus Meden und Schristen hundertmal durchzugehen.

Das Reichstagswahlrecht. Der Grund des moralischen Tiefstandes aller parlamentarischen Parteien liegt in dem gleichen Wahlrecht. So lange es nötig sein wird, die Massen mit Gaukelbildern zu umhüllen, um in den Reichstag gewählt zu werden, so lange wird auch an einer moralischen Hebung der heutigen parlamentarischen Parteien verzweifelt werden müssen.

Stimmt! So lange Deutschlands Grubbenkanzler in holder Gemeinshaft mit dem Reichsverband die Masse mit Bilderbogen umhüllen muß und Dattelkisten - Dornburgs Palmen-Gaukelen noch notwendig sind, ist der Verfall Deutschlands nicht aufzuhalten. Deshalb weg mit dem Wahlrecht und als Vorbedingung zur Erlangung eines Mandats jede man feht, daß der Bewerber absolut keinen Verstand, eine Million Mark Vermögen, 6 Mätressen, 12 Reispferde und 24 uneheliche Kinder haben muß. Dann werden die bösen Sozis schon draußen bleiben und nur „Edelste der Nation“ gewählt werden.

Der bevorrechtete Stand. Die deutsche Handarbeiterchaft ist zunächst mit Hilfe der Gesetzgebung und auf Kosten der Industrie in vieler Hinsicht der rauhen Wirklichkeit des Wirtschaftens entrückt worden und hat das Bewußtsein bekommen, der bevorrechtete Stand im Reiche zu sein, der sich alles erlauben darf.

Was haben auch die Handarbeiter alles für Vorrechte: sie dürfen den ganzen Tag mit dem teuren Spielzeug (das ihnen die Unternehmer gekauft haben) in den Fabriken spielen, sie brauchen ihren Wagen nicht mit den bitteren Weinen und dem schwerverdaulichen Fleisch zu fraktieren, sie brauchen im Sommer nicht in der Welt herumzufahren und auf vielkündigermeierhöfe Berge zu krazeln. Sie erfreuen sich der liebevollen Aufmerksamkeit der Polizei, während die armen Reichen ohne Aufsicht dahinsinken müssen und nur gelegentlich, wenn sie etwas gar zu weit vom Wege abgewichen sind, zurückgeführt werden. Ja, ja, die „Handarbeiterchaft“ hat es wirklich gut!

Ueber den Verbleib des Mehrwerts. Durch eine unaufrichtige Presse und beherrschenden Druck verschiedenster Art ist das Unternehmertum verankert worden, den Mehrwert in ein billigeres Erzeugnis zu verwandeln, das den Arbeitern in Form von Löhnen an die Handarbeiterchaft abzugeben.

Endlich ist die Nationalökonomie auf die Füße gestellt. Da haben bisher die nationalökonomischen Ränke, so in Nationalökonomie machen, immer gepredigt, der Mehrwert sei die Differenz zwischen dem Wert der geleisteten Arbeit und dem dafür gezahlten Lohn, und jetzt erfahren wir, daß der Mehrwert entfällt aus „billigeren Erzeugnissen“ und daß der Lohn eigentlich ein Geschenk ist, das der Unternehmer dem Arbeiter „schickt“. Lob und Preis dem tapferen Ritter.

Vom Sparen und Leihen. Die Proletarier werden niemals sparen, denn gerade ihre Unwirtschaftlichkeit, ihre Unfähigkeit zu sparen, ergibt sie ja verdammt und gibt ihnen die Notwendigkeit ein, als hätten sie ein Kapital. Das Kapital ist ein Gegenstand der Gier. Sie haben es, das, wenn viel Kapital im Reiche ist, das Geld billig wird und es damit selbst dem lächigen, der keine hat, leicht wird, selbst gegen billigen Zins zu leihen.

Der erste Teil dieser Ausführungen scheint uns etwas angehaucht vom Alter: er geht schon vor 50 Jahren zu den Fundamentallisten eines „Bakun-Schulze“. Wichtiger ist der letzte Teil. Es wird hier empfohlen, die Probe aufs Exempel zu machen, d. h. Geld zu leihen wenn man keine hat. Das wäre natürlich die allereinfachste Lösung der sozialen Frage.

Kapitalbildung und Steuerpolitik. Um den Grundbesitz der Bauern zu erhalten, so in Nationalökonomie machen, immer gepredigt, der Mehrwert sei die Differenz zwischen dem Wert der geleisteten Arbeit und dem dafür gezahlten Lohn, und jetzt erfahren wir, daß der Mehrwert entfällt aus „billigeren Erzeugnissen“ und daß der Lohn eigentlich ein Geschenk ist, das der Unternehmer dem Arbeiter „schickt“. Lob und Preis dem tapferen Ritter.

Da es nicht mehr möglich ist, einige prägnante Aufzählungen von Ausgaben des Reiches und der Einzel-

staaten werden gedeckt durch direkte Steuern. Die Steuer beginnt bei einem Einkommen von 2000 M. und steigt progressiv nach unten. Einkommen über 2000 M. bleiben steuerfrei. Allen Lohnarbeitern wird der seitherige Lohn um die Hälfte gekürzt und von dem Rest werden ihnen 25 Proz. Kapitalbildungsteuer abgezogen. Werden unsere Vorschläge angenommen, so wird es schon vorwärts gehen in Deutschland. Hupp hupp, hurra!

Ueber die gesetzliche Regelung der Tarifverträge. Sollte durch ein Arbeitstarifgesetz über ähnlichen sozialistischen Unfug ein Angriff auf diese Freiheit erfolgen, dann dürfte das deutsche Unternehmertum wohl mit einer Generalausperrung darauf antworten.

Ein Generalstreik der Unternehmer wäre u. U. noch fürchterlicher. Der Don Quixotte des Saarreviers ist übrigens recht ängstlich. Der Manchar Dr. Cervantes hat zwar eine Windmühle für einen langarmigen Riesen und eine Schafherde für ein Kriegsheer angesehen, aber gegen ein bedrucktes Blatt Papier hat er seine Lanze nicht eingelegt.

Ueber die Löhne der Arbeiter. Statt beim ersten Niedergang die Löhne herabzusetzen, hält es der deutsche Unternehmer immer noch für seine Pflicht, für möglichst gleichmäßige Bezahlung des Arbeiters zu sorgen, damit dessen Haushalt nur ja keine Erschütterung erfahre. Der industrielle Handarbeiter hat ein Einkommen erreicht, welches das des kleinen Bürgers, des Volksschullehrers, des untern Beamten, des Kleinbauern weit hinter sich läßt.

Mit dieser Feststellung hat die Einsicht und die Wahrheitsliebe unsres Ritters von der trottrigen Gestalt einen Grad erreicht, der alles bisher Dagewesene „weit hinter sich läßt“. Wir schließen damit unsere Probefammlung und sagen mit Sancho Panza, dem treuen und weisen Knappen des Ritters von der Mancha:

„Gülle den Esel in eine bunte Decke und stelle ihn in eines Reichen Stall, gleich werden die Menschen glauben, er sei ein edles Roß.“ Baccalaureus.

### Zur Verschmelzungsfrage.

Die Resolution, welche auf dem Verbandstag in München über die Verschmelzungsfrage angenommen wurde, dürfte trotz der übergroßen Majorität, mit welcher dieselbe beschlossen wurde, nicht die Billigung aller kleinen und größeren Zahlstellen gefunden haben. Wenn in Capua nur 8 Delegierte gegen die Resolution gestimmt, so bin ich doch sehr überzeugt, daß die Gegnerschaft gegen die Verschmelzung weit stärker ist, als es nach der Abstimmung erscheint. Nehmen wir einmal einen typischen Vertreter einer mittleren Zahlstelle auf dem Verbandstage heraus, den Kollegen Sturm von Neuhofen. Derselbe sagte: „Dränge man ohne weiteres zur Verschmelzungsfrage, so fürchte er den Verlust eines großen Teils ihrer Mitglieder, und zwar mit Recht; in einem ländlichen Ort wie Neuhofen, wo die Lokalfesten sich schon eingemischt haben, wäre es eine Gefahr, etwas zu unternehmen, was nicht die Zustimmung des Gros der Mitglieder hat. Die Zahlstelle ist noch zu jung, um die Verschmelzungsfrage zu beherzigen und sie zu verstehen. Hier muß zuerst die Vorbedingung geschaffen werden, die Mitgliedschaft zu erhöhen und aufzufrischen.“ Ich besauste sogar, daß die entschiedensten Gegner der Verschmelzung noch nicht zu Worte gekommen sind; ich will es daher versuchen, meine Bedenken gegen dieselbe zu äußern. Unsere Verschmelzungsanhänger sagen uns alles Gute und Schöne davon, so daß man selbst bald Gefahr läuft, daran zu glauben. Aber Theorie und Praxis sind immer verschieden. Die Verhältnisse bei uns in der Rheinpfalz sind von denen Berlins u. a. grundverschieden. Vor kurzem haben sich die Zahlstellen Neustadt und Frankent mit Ludwigshafen verschmolzen; was für Beweggründe hier maßgebend waren, weiß ich nicht. Nach meiner Auffassung war dies ein Sprung ins Dunkle. Jetzt wäre es der Verwaltung in Ludwigshafen noch möglich, die Arbeit zu beherzigen; ich möchte aber einmal einen Vorschlag der praktischen Arbeit hören, wenn mit Ludwigshafen zwanzig und noch mehr Zahlstellen verschmolzen sind. Geht der Fall, es brechen zu gleicher Zeit in verschiedenen Orten Differenzen aus, wie es bei uns schon der Fall war, wöher alle die Kräfte nehmen, um rechtzeitig eingreifen zu können? Es würde das eine oder andere nottun, oder es wäre eine weitere Anstellung von Beamten notwendig. Dieses ist auch vielfach der springende Punkt, welcher gegen die Verschmelzung spricht. Seit der letzten Antilbewegung ist diese Abneigung eher gestärkt, als geschwächt worden. Von oben herab wurde uns immer planlos gemacht, bei einer entsprechenden Lohnbewegung wären die vielen Zahlstellen ein eminentes Hindernis; die letzte Bewegung in der „Antil“ ist aber aus andern Gründen heraus geschickert. Man jagt weiter: die Agitation würde bei der Verschmelzung einen bedeutenden Schritt vorwärts kommen, den kleinen Zahlstellen würde ein großes Stück Arbeit abgenommen. Aber gerade zur Zeit der Krise machen wir die Wahrnehmung, daß die Abhaltung von größeren Versammlungen und Betriebsversammlungen zur Ausverdung und Auflösung fast zwecklos sind; es bewährt sich nur die „inagitation, die sogenannte Hausagitation. Um diese zu betreiben, brauchen wir aber die intelligenten Köpfe an Orte, die mit den Verhältnissen einigermaßen vertraut sind. Hier hilft also die jährliche Zentralverwaltung nichts, sondern nur Opferfreudigkeit und Pflichterfüllung der einzelnen Kollegen am Orte. Daß aber bei einer Besprechung der feierlichen Verwaltung die engere Zusammenarbeit immer mehr verschwinden würde, ist doch wohl allen klar. Viele Kollegen, die heute noch in den einzelnen Orten stets treu an der Arbeit sind, würden sich zurückziehen und nur zählende Mitglieder bleiben. (Warum denn? Die Red.)

So wie in der äußeren Verwaltung, würden gar bald die Mängel im Unternehmungs- und Kassenwesen Platz greifen. Heute sind die kleinen Zahlstellen in der Lage, manches Mitglied vor Schaden zu bewahren durch Zuwendung von Geldbeträgen; ist dies mal anders, so fällt dieser Vorteil weg. Nur zur Erlangung der Unternehmungen von Seiten der Kollegen. Besonders sollte ich hier die Erwerbslosenunterstützung ins Auge fassen. Sollten wir hier einheitlich vorgehen, so wäre es für die Verwaltungsstelle Ludwigshafen einfach unmöglich, die Arbeit alle von dort aus zu regeln, so wenig es den Kollegen in den answärtigen Orten unmöglich ist, nach der Hauptverwaltung zu kommen, um ihre Unternehmungen zu holen. Sollte dagegen der heutige Zustand beibehalten bleiben und an den Ortsverwaltungen nichts geändert werden, so wäre ja die ganze Verschmelzungspraxis illusorisch; ich nehme an, daß bloß um der großartigen Agitation willen die Verschmelzung nicht betrieben wird, sondern um ein Einheitsystem zu schaffen. Wie das aber aussehen soll und wie da praktische Arbeit geleistet werden kann, ist mir, nach den jetzigen Verhältnissen zu urteilen, eine Frage, die ich nicht beantworten kann. Keine Ausführungen mögen dazu Veranlassung geben, um die fähigen Köpfe unserer Organisation zu veranlassen, uns in der Verschmelzungsfrage durch Vorschläge zu unterstützen, auch bin ich stets dankbar, sollte ich durch Widerlegung meiner Bedenken eines besseren belehrt werden.

Georg Sid, Mundenheim.

### Aus der Papierindustrie.

#### Die Papierfabrikanten und die Gesundheitsgefahr in den Lumpenfortrierereien.

Auf der letzten Generalversammlung des Vereins der Papierfabrikanten fand auch eine Anregung der bairischen Gewerbeinspektion, die Reinigung der Lumpen vor der Sortierung auf der Tagesordnung. Die bairische Gewerbeinspektion, der man das Zeugnis

ausstellen muß, daß sie sich von der pneumatischen oder gar der fäulnisvollen sehr vorzuziehen unterseidet, hatte den Papierfabrikanten eine Ausperrung über dieses Thema vorgezogen. Auch hatte sich ein Beamter der Inspektion, Herr Dr. Wismann, bereit erklärt, das Referat zu übernehmen. Wismann kam dann die Papierfabrikanten die Ausperrung nicht gut, sie hätten beßhalb in den Lumpen und jetzt den Punkt mit auf die Tagesordnung. Um aber von vornherein jede eingehende Behandlung unmöglich zu machen, legten sie ihn an die dreizehnte Stelle, also an den Schluß der Versammlung.

Der Referent erklärte denn auch, daß er in Rücksicht auf die Zeit die hygienische Seite der Sache — also die wichtigste — nicht behandeln könne, daß es aber im Interesse der 8—900 in Lumpenfortrierereien beschäftigten Arbeiterinnen möglich und notwendig sei, wenn die Lumpen vor dem Sortieren gereinigt bzw. gewaschen würden. Dadurch würde sowohl die Ansteckungsgefahr, wie auch die Staubbelästigung vermindert. Er empfahl dem Verein eine Rundfrage bei seinen Mitgliedern, die als Abnehmer bzw. Bearbeiter der Lumpen begutachten sollen, ob sich durch eine Vereinbarung die Reinigung der Lumpen durch Drehen oder Waschen in den Sortieranstalten erreichen läßt. Der Referent schloß mit den Worten: „Ich möchte wiederholen, es handelt sich um sehr erhebliche soziale und hygienische Interessen. Es sind in Baden allein 900 Arbeiter, die in Frage kommen. Es ist eine Sache, die des Schweiges der Eblen wert ist, die wert ist, gründlich erörtert und studiert zu werden.“

Die Herren Papierfabrikanten riefen „Bravo!“ und ließen dem Referenten durch ihren Vorstehenden versichern, daß seine Ausführungen sehr wertvoll seien und daß es ihnen als Menschen am Herzen läge, in der Fürsorge für ihre Arbeiter zu tun, was möglich sei. Von Herrn Haerlin wurde dann verkündet, daß der Verein schon in den 80er Jahren eine Statistik über die Gesundheitsbeschäftigte in Lumpenfortrierereien aufgenommen habe, die ergeben habe, daß der Lumpenstaub die Gesundheit nur sehr gering beeinträchtige und Ansteckungen so gut wie garnicht stattgefunden hätten. Es wurde aber von Herrn Dr. Wismann, der sich auf Fälle von Blatternansteckung aus letzter Zeit (wir berichteten darüber in Nr. 35 des „Proletarier“) berufen konnte, glatt abgeführt. Nachdem noch ein Herr Glog den Einwand erhob, daß durch solche Maßnahmen die deutsche Papierindustrie gegenüber der des Auslandes benachteiligt würde, wurde die Debatte geschlossen. Was nun daraus wird, wissen die Götter. Wahrscheinlich veranstalten die Papierfabrikanten pro forma eine Umfrage und lassen dann die ganze Sache ruhen. Es ist schon so, wie wir in Nr. 35 schrieben: Die Arbeiter bzw. die Arbeiterinnen müssen den Schutz ihrer Gesundheit erzwingen, sonst können sie noch lange darauf warten.

#### Papierverbrauch und Papierfabrikation der Welt.

Wenn der Verbrauch an Seife einen Maßstab für die Kulturstufe einer Nation ergibt — schreibt der „Prometheus“ — so darf wohl mit mindestens gleichem Recht der Verbrauch an Papier als Maßstab für die geistige Reife und die Bildungshöhe eines Volkes betrachtet werden, denn fast die Hälfte des in der Welt produzierten Papiers verfällt der Drukerschwärze, dient also der mehr oder weniger ausgedehnten Verbreitung des Gedankens, des Wissens. Läßt man den Papierverbrauch als Maßstab gelten — man wird auch hier das bekannte Sprichwort nicht vergessen dürfen —, dann stehen die Vereinigten Staaten an der Spitze der Kulturenationen, denn sie verbrauchen, nach der „Revue scientifique“, jährlich 33,6 englische Pfund Papier pro Kopf der Bevölkerung. An zweiter Stelle steht England mit 34,3 Pfund pro Kopf und Jahr, und Deutschland folgt mit einem jährlichen Bedarf von nur 29,98 Pfund pro Kopf. Frankreich verbraucht 20,6 Pfund, Oesterreich 19 Pfund, Italien 15,4 Pfund und Serbien, das am wenigsten Papier verbrauchende Land in Europa, nur 1,1 Pfund. Serbien steht damit auf einer Stufe mit China, das einen gleichen Verbrauch aufweist. In bezug auf das der Bildung dienende Papier dürfte indessen Serbien doch höher stehen als China, da im letzteren Lande sicherlich weit mehr als 50 Proz. des verbrauchten Papiers der Drukerschwärze entgehen. Ostindien verbraucht nur 0,22 Pfund Papier pro Kopf. — Von den nicht als Druckpapier zur Verwendung kommenden 50 Proz. des Papierverbrauchs der Welt dienen etwa 20 Proz. den Bedürfnissen von Handel und Industrie, ungefähr die gleiche Menge beanspruchen die Behörden und der Unterricht zusammen, und der Rest von 10 Proz. dient den verschiedensten Zwecken. — In der Papierproduktion stehen gleichfalls die Vereinigten Staaten mit einer jährlichen Erzeugung von 639 734 Tonnen an erster Stelle. Deutschland fabriziert jährlich 393 683 Tonnen, England 248 051, Frankreich 196 942, Oesterreich 142 706 und Italien 123 026 Tonnen. Etwas mehr als ein Drittel ist in Deutschland hergestellten Papiers wird exportiert. Deutschland hat mit 51 000 Tonnen jährlich die Führung im Papierexport. Es folgen England mit 49 210 Tonnen, die Vereinigten Staaten mit 16 880 Tonnen und Frankreich mit 13 090 Tonnen. England sah sich trotz seiner immerhin bedeutenden eigenen Erzeugung im vergangenen Jahre gezwungen, noch 147 706 Tonnen Papier im Auslande zu kaufen.

### Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks oder Aussperrungen bestehen in O u f f a d t, Meißen und Marne.

Meißen. Der Kampf der Arbeiterschaft in der Sörnewitzer Steingutha... dauert fort. Die Direktion hat nicht nur alle Verhandlungsversuche abgelehnt, sondern sie verlangt auch, daß die Streikenden aus dem Verbandsaus- und in eine neugegründete Gewerkschaft eintreten sollen. Solche Zumutungen lehnten die Arbeiter selbstverständlich ab. An ihren Arbeitswilligen erlebt die Firma wenig Freude. Läßt schon ihr Verhalten im Betriebe viel zu wünschen übrig, so ist die Ware, die mit diesen Elementen hergestellt wird, absolut nicht geeignet, den Ruf der Firma zu heben. Um den „nützlichen Elementen“ ihre verräterische Tätigkeit etwas zu verschärfen, werden ihnen von der Firma Garantieheime folgenden Inhalts ausgestellt:

Herrn... Die Direktion der Steingutha, Aktiengesellschaft, Abteilung Steingut, verpflichtet sich, diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, auch die Neueintretenden, welche nicht mit in Ausstand getreten sind, bei guter Führung und Arbeit möglichst in jeder Weise zu schützen und sie in Arbeit zu behalten, auch wenn von Seiten der Streikenden die Forderung gestellt wird, daß sie nur dann anfangen wollen, wenn die im Betrieb Gebliebenen entlassen werden. Sörnewitz-Meißen, den 26. August 1908. Steingutha Akt.-Ges. (Abt. Steingut). W. Hedmann. W. Hedmann.

Der Schein verpflichtet die Firma zu nichts. Will sie die Arbeitskräfte, die natürlich in 9 von 10 Fällen minderwertige Arbeitskräfte sind, wieder los sein, so braucht sie nur zu erklären, daß ihre Führung oder Leistung nicht „gut“ sei und der Schein ist — Schein. Die Garantie der Firma ist dann aufgehoben. Leute, die sich mit solchen Scheinen einfangen und als Verräter gegen ihre Klassen-genossen gebrauchen lassen, sind es wert, daß sie derart auf Eis geführt werden. Interessant ist eine Zuschrift der Firma an einen Arbeiter, der in Unterweis der Verhältnisse um Arbeit angefragt hatte. In dem Schreiben wird dem Arbeiter ein Stundenlohn von 31 Pf. (übrigens ein bettelhafter Judaslohn) zugesichert, auch erhielt er Instruktion, sich bei seiner Ankunft nicht von den Streikenden zurückhalten zu lassen, sondern den Sendern zu Hilfe zu rufen. In gleichem Zuge gibt sie dem Frager auch die Zusicherung, daß gewaltsame Behinderung bisher von den Streikposten nicht angewendet wäre. — Interessant nach mancher Richtung hin ist die Erklärung, die der Vertreter der Firma vor dem Gewerbegericht, das von den Streikenden als Einigungsamt angerufen war, abgab. So gab er als einen der Ablehnungsgründe an, die Arbeiter hätten Flugblätter verbreitet, in denen die Verhältnisse in der Fabrik in gefährlicher Weise entstellt worden wären. Nun ist aber ein Flugblatt bis jetzt überhaupt nicht verbreitet worden. Nur ein kleiner Ganzettel wurde verteilt, der aber nichts enthält, als die Mitteilung,

daß die Arbeiter wegen fortgesetzter Maßregelungen in den Streit getreten seien und nun um die Solidarität der übrigen Arbeiter bitten. Von den Verhältnissen des Betriebes wußte kein ein Wort die Rede. Das ist die Wahrheit über die Unternehmerrückwärtsentwicklung der Arbeiter, die Arbeiter müssen wegen ihrer Jagd nach Freiheit zum Verband, sondern wegen der Zeit für den Verband entlassen werden. Festgesetzt ist aber, daß keiner der Entlassenen während der Arbeitszeit irgend welche Tätigkeit für den Verband entwickeln darf; allerdings hat einer das Verbot gebrochen, während der Pause einem Unorganisierten einen Aufnahmeheschein zu geben. Als dritter Grund wird angeführt, daß die Bewilligung der Forderungen zum Nutzen der Gesellschaft führen müsse. Nun wird aber nur gefordert, daß die Firma den gewählten Ausschuss anerkennt, Maßregelungen unterläßt und bei Einführung der neuen Arbeitsordnung entsprechend den Bestimmungen der Gewerbeordnung vorgeht. Also alles Forderungen, die der Firma absolut kein Geld kosten, sondern nur zum Zweck haben, dem Arbeiter seine ihm moralisch und rechtlich zustehende Stellung im Arbeitsverhältnis zu sichern. Die Firma will aber keine Arbeiter, sondern recht und willkürliche Sklaven, denen sie die Arbeitsbedingungen diktieren kann. Sie lehnt deshalb auch alle angeblichen Einigungsversuche ab. Die Arbeiter werden jedenfalls den ihnen aufgedrungenen Kampf mit Einmütigkeit führen. Sollte er zum „Nun der Gesellschaft“ führen, so mögen sich die Aktionäre bei Herrn Hedemann bedanken.

### Korrespondenzen.

**Einshorn.** Vom „freiwirtschaftlichen“ Vereinsgesetz. Die hiesige Zahlstelle unseres Verbandes feierte am 30. August das diesjährige Sommerfest. Mit diesem Feste sollte ein Ausmarsch verbunden sein. Der Vorsitzende suchte dazu um die Erlaubnis bei der Polizeibehörde nach. Unterm 14. August ging ihm folgender Bescheid zu:

„Auf Ihren mündlich gestellten Antrag auf Genehmigung eines Ausmarsches des hiesigen Fabrikarbeiterverbandes am Sonntag, dem 30. August 1908, erlaube ich Ihnen, daß die Genehmigung auf Grund des § 7 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 versagt wird, weil durch die Veranstaltung des Aufzugs Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.“

Als eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ist nach Ansicht des Bürgermeisters zu befürchten. Gründe für diese Befürchtung gibt der Herr nicht an. Die bürgerlichen Kreise veranstalten bei jeder Gelegenheit Aufzüge, von denen mancher tatsächlich die öffentliche Sicherheit gefährdet. Während unsern Verband der Ausmarsch verboten wird, fand am 6. September zur Fahnenweihe des Kampfgewerksvereins ein Festzug statt. An diesem Festzug hat sich auch der Landrat als Festredner beteiligt. So steht es mit der „liberalen“ Handhabung des „freiwirtschaftlichen“ Vereinsgesetzes aus.

**Garburg.** Das Mißbehaltungsrecht der Arbeiter bei Festsetzung des Arbeitslohnes ist in den Vereinigten Gummiwarenfabriken Garburg-Wien ausgeschaltet. Wenn die Arbeiter Mittwoch ihren Lohn erhalten, sehen sie wohl, was sie bekommen, aber was sie verdienen haben, ob die Vergütung ihrer Leistung entspricht, und auf welcher Grundlage die Berechnung des Lohnes beruht, das alles wissen sie nicht, erfahren auch nicht. Wohl bemächtigt sich nach erfolgter Lohnzahlung der Arbeiter eine gewisse Erregung und ein dumpfer Unwille, aber sie verleihen ihren Gefühlen keinen Ausdruck, würgen das Gefühl, das aus dem Bewußtsein erfahrenen Unrechts entspringt, heimlich hinunter und — schweigen. Denn ein zubringliches Fragen, ein Verlangen nach Aufklärung wird von Meistern und Vorarbeitern als ein Mißtrauensbrotum, als eine strafwürdige Ausschweifung betrachtet und dementsprechend vergolten. So geht auch mit den Arbeitern in der Stofftreicherei. Der Lohn wird entschieden je nach Beschaffenheit des Stoffes, bald nach Gewicht oder pro Quadratmeter berechnet. Lohnsätze gibt es in drei Abteilungen. Lohnsatz I garantiert einen Wochenlohn von 26 bis 27 Mk., II einen Lohn von 23 bis 24 und III einen solchen von 20 bis 21 Mk. Der niedrigste Lohnsatz ist nach der letzten Generalversammlung der Aktionäre offiziell in Wegfall gekommen. In Wahrheit sind aber die früheren Lohnsätze einfach reduziert worden, so daß die Arbeiter, nachdem die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt ist, genötigt sind, ihre Arbeitsleistung erheblich zu steigern, also intensiver zu arbeiten.

Zu der Abteilung Stofftreicherei gehört auch die Schwamm- und Abseifabrikation mit 9 Mann, die es oft vermissen, daß keine Eintragungen in ihre Lohnlisten erfolgen, aus denen sie erfahren könnten, wie ihr Verdienst berechnet wird, ob mit einem Wort der gezahlte Lohn ihren Leistungen entspricht. So geht es auch dem größten Teil der 48 in der Stofftreicherei beschäftigten Arbeiter, die fast immer im Dunkeln tappen, welche Berechnung dem auf sie entfallenden Lohnanteil zugrunde liegt. Nur soviel wissen sie, daß von der Gesamtsumme des Lohns für alle vor dessen Verteilung an die Arbeiter zuerst 8 Mk. für den Vorarbeiter Daß, der in seinem Lohn steht, extra abgezogen werden. Es ist vorgekommen, daß für etwa 100 Mk. Dynamitbeuteln so nebenbei mit fertig geworden sind, ohne daß das Äquivalent für die darauf verwendete Zeit in Gestalt von Geldlohn auf der Lohnliste eines der Arbeiter zum Vorschein gekommen wäre.

Diese Zustände würden sich sehr bald bessern, wenn die dort Beschäftigten unsere schon oft wiederholten Mahnung, sich dem Verbande anzuschließen, beherzigen würden.

**Zeche.** Unsere letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Gaukonferenz in Hamburg. Als Delegierter wurde Kollege Schuber gewählt. Nachdem wurden einige dringliche Angelegenheiten (Kartellbeschluss betreffend Aufnahme der freien Gast- und Schankwirts, Vorkauf der Salobnahrung usw.) erledigt. Weiter wurden einige Fälle unsolidarischen Verhaltens von Verbandsmitgliedern gerügt. Auch wurde zur Sprache gebracht, daß das Reichsverbandsmitglied Wiß als Agent für die Hächelschneiderei in Marne tätig ist und Arbeitswillige für dieselbe beibringt, die unsern dort streikenden Kollegen in den Rücken fallen sollen. Es wurde allen Anwesenden zur Pflicht gemacht, dem Treiben des Reichsverbändlers mit allen Kräften entgegenzuwirken.

### Gaukonferenz des Gaues 4.

Am Sonntag, dem 30. August cr., tagte die Gaukonferenz in Köslin. Erschienen waren 38 Delegierte. Der Gauvorstand war durch drei Kollegen vertreten. Die Tagesordnung war folgende:

1. Geschäftsbericht des Gauleiters.
  2. Geschäftsbericht des Kassierers.
  3. Bericht der Revisoren.
  4. Unser letzter Verbandstag und dessen Beschlüsse.
  5. Beratung der gestellten Anträge.
  6. Wahl des nächsten Konferenzortes.
  7. Verschiedenes.
- Der Geschäftsbericht, der allen Delegierten schriftlich vorlag und eine 2 1/2 jährige Berichtsperiode umfaßt, wurde durch den Gauleiter Kollegen W i e s e n h ä t t e r mündlich erläutert. Bemängelt wurde, daß viele Zahlstellen zu wenig Schriftwechsel mit dem Gauvorstand pflegen. Dadurch sei derselbe nicht genügend über die Vorgänge in den einzelnen Zahlstellen orientiert und könne dementsprechend nicht immer zu geeigneter Zeit eingreifen. Es leide darunter auch die Agitation. In der Agitation sei von verschiedenen Zahlstellen nicht das Nötige getan worden. Es müßten alle Mittel benützt und besonders der Hausagitation mehr Beachtung beigelegt werden.
- Die Lohnbewegungen waren in der Berichtszeit sehr reichhaltig. Ueberall machte sich die Wahrnehmung bemerkbar, daß unsere Kollegen bestrebt waren, ihre miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Dieses Bestreben ist berechtigt, da Stundenlöhne von 20—23 Pf. im Gau nicht selten sind. Auch hier sind die Kollegen von der Erkenntnis durchdrungen, daß auf eine höhere Kulturhöhe emporzutreten. Jedoch nicht immer ist bei Einleitung von Lohnbewegungen von den Zahlstelleneleitern die nötige Sorgfalt geübt worden. Man schenkt der Konjunktur zu wenig Beachtung. Sommer ist zu prüfen, wie die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse liegen, dann könnte und mancher verloren Kampf erspart bleiben.

Bei den Revisionen in den Zahlstellen müßten die Revisoren eingehender ihre Aufgabe erfüllen. Auch hier wird es voraussichtlich besser werden, da nach der erfolgten Gauleitung der Gauleiter sich mehr diesem Gebiete zuwenden kann.

Der Kollege W e n d l a n d gibt den Kassenbericht, der ebenfalls die Zeit von 2 1/2 Jahren umfaßt.

Zu der sich nun anschließenden Diskussion liegen 14 Wortmeldungen vor, die einen regen Verlauf nehmen. Den Bericht der Revisoren gibt Kollege Klünder und beantragt, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was einstimmig erfolgt. Zu Punkt 4 schildert Kollege W i e s e n h ä t t e r die auf dem Verbandstage in Marne gefassten Beschlüsse und referiert dieselben dahin, daß wohl mit Recht gesagt werden könnte, der diesjährige Verbandstag habe den Mitgliedern weitere Vorteile in allen Unterstufungszweigen gebracht.

Als nächster Konferenzort wird Ostrow gewählt. Bei Punkt 7 entnimmt sich eine längere, lebhafteste Debatte über die Gestaltung unserer Agitation in der jüngeren Zeit der Krise. Es werden verschiedene Wünsche an den Gauvorstand zwecks Behebung der Agitation gestellt. Auch wird bemängelt, daß die Zeit der Konferenz nur auf einen Tag bemessen sei. Wünschenswert wäre es, die Konferenz tage zwei Tage und es würde den Delegierten ein belehrendes Referat, vielleicht über die gegenwärtige Wirtschaftslage oder über das Reichsvereinsgesetz, gehalten, welches vielen Zahlstelleneleitern noch nicht klar sei. Hieran wird für zukünftige Gaukonferenzen festgehalten werden.

Nachdem nun noch Kollege W i e s e n h ä t t e r ein vorzügliches Referat über „Die gegenwärtigen Verhältnisse“ gehalten, schloß er um 6 Uhr abends die Konferenz mit dem Appell an die Anwesenden, die erhaltenen Anregungen zu befolgen und mit dem Vorzug aus-einanderzugehen, das Beste für die Organisation tun zu wollen, unter dreifachem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung und unsern Verband.

### Rundschau.

**Bohnprellerer.** Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Biegeleiarbeiter sieben-sacher Ausbeutung unterworfen sind. Nicht nur ihre Arbeitskraft wird nach allen Regeln der Kunst ausgebeutet, sondern auch der lange Lohn, den sie sich erringen, hat noch einige abgabepflichtige Schranken zu passieren, so daß er zu einem Trübsal zusammen-schrumpft. Wenn die Arbeiter aber noch etwas erhalten, können sie immer noch zufrieden sein, denn nicht immer haben sie das Glück, klingende Münze zu erhalten; oft erhalten sie nur klingende — Blechmarken, mitunter sogar nur Prügel, oder aber überhaupt nichts. Dagegen passierte auch kürzlich den Arbeitern des Glieniger Tonwerks.

Das Glieniger Tonwerk warf im vorigen Jahre seinem Besitzer, einem Herrn W i l l e s in Hamburg, zu geringen Profit ab und so entschloß er sich, das Werk an den Zwischenunter-nehmer W i n k e aus Heiden in Lippe zu vergeben. Am 1. April hielt W i n k e seinen Einzug und sein erstes Beginnen war, die verfallene Organisation, die jedenfalls seiner Profitgier hinderlich war, anzuhauen. An Stelle der seit herigeren 10 ständigen Arbeitszeit wurde nach lipziger Tradition die 12 ständige eingeführt, und außerdem der Ausschlag für Ueberstunden abgeschafft. Auch an Verschlechterungen anderer Art fehlte es nicht. Trotzdem gelang es ihm aber nicht, den erhofften Gewinn für sich und den Besitzer herauszupressen, und so zog er es vor, zu verschwinden. Am 21. August reiste er plötzlich ab und zwar mit solcher Eile, daß er sogar vergaß, den 52 Arbeitern den von 3 Wochen rückständigen Lohn auszus zahlen. Zum Glück war es dem Ausreißer aber nicht gelungen, unsere Organisation ganz zu vernichten, denn die noch vorhandenen organisierten Kollegen wandten sich sofort an die Organisationsleitung, welche dann die nötigen Schritte unternahm, um den Arbeitern zu ihrem sauer verdienten Lohn zu verhelfen. Die 52 Arbeiter haben eine Gesamtforderung von 3475,29 Mk., die aber durch die sofort beschlag-nahmte Kautions so ziemlich gedeckt ist. Allerdings sucht der Besitzer, ebenso die Verwalter die Kautions für sich in Anspruch zu nehmen, doch werden sie bei dem Termin, der am 15. September stattfindet, von dem Rechtsanwalt, der von unserer Organisation mit der Angelegenheit betraut wurde, eines Besseren belehrt werden.

Aber nicht nur die Lohnauszahlung vergaß Herr W i n k e, sondern auch das Entrichten der Krankenkassenbeiträge, ebenso das Kleben der Duittungsmarken bei der Alters- und Invaliditätsversicherung, nur das Abgeben der Beiträge vergaß er nicht. Auch dieserhalb ist von seiten der Organisation Anzeige erlassen. Wie hoch die Biegeleiarbeiter von der heutigen kapitalistischen Gesellschaft eingeschätzt werden, zeigte recht deutlich das Verhalten der Behörde und einiger Rechtsanwältinnen. Die untere Behörde, die die Sache zuerst unterbreitet wurde, betrachtete es als etwas Selbstverständliches, wenn ein Unter-nehmer die Arbeiter zu betrogen sucht. Warum haben Sie ihn durchgehen lassen? wurde den Klägern entgegengehalten. Einige Rechtsanwältinnen waren nicht zu bewegen, die Sache der Arbeiter zu vertreten, obwohl ihnen der Verbandsleiter jeden beliebigen Vorstoß anbot. Auch der Besitzer des Werks, Herr W i l l e s, bei dem der Arbeiterbetreuer vorstellig wurde, stellte sich auf den erhabenen Progenstandpunkt, indem er erklärte: „Was gehen mich die Arbeiter an!“

Das Glieniger Tonwerk gilt als ein moderner Betrieb, in mancher Beziehung muß aber das Gegenteil behauptet werden. Trinkwasser ist überhaupt nicht vorhanden, wenn der Herr Gewerkeinspektor kommt, wird rasch ein Eimer Wasser aus dem Dorf geholt. In der Tongrube wird der Abbau in geradezu lebensgefährlicher Weise betrieben, von vorchristlichem terrassen-förmigen Abbau ist keine Spur vorhanden. Auch die Reinlichkeit der Schlafräume läßt viel zu wünschen übrig. Die Arbeiter legen wohl von Zeit zu Zeit selbst aus, doch wird der Schmutz in eine Ecke gefegt, bis es eine Karre voll ist, dann wird er hinausgeschleudert. Die Lagerstätten sehen erbärmlich aus, nach Angabe der Arbeiter ist in dieser Kampagne kein frisches Stroh hineingekommen. Jedes Stück Vieh erhält täglich fettsche Stroh, die Arbeiter aber müssen sie jahrelang benutzen. Diese Verhältnisse wurden von der Organisations-leitung dem Gewerkeinspektor mitgeteilt, der inzwischen auch den Betrieb revidierte, so daß hoffentlich bald Abhilfe eintritt.

Diese empörende Behandlung und Misshandlung, die den Arbeitern überall zuteil wird, muß aber endlich die Arbeiter aus stoischer Gleichgültigkeit aufrütteln und sie in die Bahnen der Organi-sation treiben, die sie vor aller Ausbeutung und Vergewaltigung schützt. Den Arbeitern des Glieniger Tonwerks müssen diese Vor-gänge ein neuer Ansporn sein, nicht zu ruhen und zu rasten, bis auch der letzte Mann der Organisation angehört.

### Die „loyale Handhabung“ des Reichsvereinsgesetzes in Sachsen.

Eine neue Methode, Gewerkschaftsversammlungen trotz des Reichsvereinsgesetzes der Ueberwachung zu unterstellen, scheint die sächsische Polizei einführen zu wollen.

Am Sonntag, dem 29. August, tagte im Gasthof zu Lentewitz eine Versammlung unseres Verbandes, in der ein Vortrag über: „Die wirtschaftliche Krise“ und der Bericht vom Verbandstag er-stattet wurde. Mitten im Referat zum ersten Punkt öffnete sich die Saaltür. Hierauf trat ein Polizeibeamter mit dem omnibusen Schieß-prügel über dem Rücken und postierte sich schweigend am Eingang des Saales.

Der Vorsitzende machte den Gendarmen darauf aufmerksam, daß eine Gewerkschaftsversammlung stattfände, die der Ueberwachung auf Grund der Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes nicht unterliege, und forderte gleichzeitig den Beamten auf, das Lokal zu verlassen. Dieser Aufforderung kam der Beamte nicht nach, sondern er-klärte: „Ich komme nicht zur Ueberwachung, sondern revidieren im Auftrage meiner Behörde, das Lokal zu revidieren (abends 1/10 Uhr), wenn Sie sich betätigt fühlen, beschweren Sie sich!“

Als der Beamte trotz nochmaliger Aufforderung nicht ging, wurde die Versammlung unterbrochen, und der Vorsitzende wieder-holte vom Podium aus die Aufforderung. Darauf ging denn der „Herr Revisor“, nachdem er die vorhin genannte Aufforderung noch einmal wiederholt, hinaus.

Nach dem Referat erhob sich der Vorsitzende zu erkundigen. Doch auch damit noch nicht genug! Nach 11 Uhr erschien plötzlich der Beamte zum drittenmal, stellte sich an das Büfett, unterhielt sich mit dem Wirt und verließ erst nach wieder erfolgter Auf-forderung den Saal.

Der Versammlung hatte sich ob dieses protokolatorischen Ver-haltens eine ziemliche Erregung bemächtigt, die sich in verschiedenen nicht gerade schmeichelhaften Worten Luft machte. Das Verhalten der Behörde, die den Beamten mit der Saalrevisoren beauftragte, steht in schärfstem Widerspruch zu der Erklärung des Ministers Hohensthal von der loyalen Handhabung des Reichsvereinsgesetzes. Man braucht in Sachsen nur zu erklären, es handle sich um „Saalrevisoren“, und man „handhabt“ das neue „Zuwel“ loyal. Daß gegen ein derartiges Verhalten der Behörde Beschwerde geführt wird, ist selbstverständlich.

### Unternehmerterrorismus.

Die Umgebung des kleinen Ortes Solnhofen zwischen Nürnberg und Ingolstadt, am Einbruch der Altmühl in den Jura, ist fast der einzige Fundort eines reichen Kalshieferz, aus dessen feinstem Abart die berühmten Lithographiefine gewonnen werden. Die Unternehmer, die diese Produkte nach allen Weltteilen verschicken, haben eine Art Monopolstellung inne und sind sämtlich zu Reichthum gelangt, die Arbeiter dagegen befinden sich in denkbar trauriger Lage, weil sie sich lange allen Ausflüchtungsbestrebungen gegenüber als vollstän-dig unzugänglich zeigten. Nachdem es endlich zu modernen Gewerkschafts-bewegung nach vielen vergeblichen An-suchen gelungen war, in dieses Gebiet vorzudringen und einigermaßen Fuß zu fassen, er-schienen auch die Christlichen, die sich vorher nie um diese Arbeiter gekümmert hatten, auf dem Plan und waren nunmehr aufs eifrigste bemüht, die Leute für sich zu angeln, wobei sie den größeren Erfolg hatten, da es sich um eine sehr fromme Gegend handelt. Trotz ihrer Stärke hat die christliche Gewerkschaft noch nicht das geringste für die Arbeiter zu bewirken vermocht. Die Unternehmer haben sich zu einem Verband der Lithographiefineindustriellen zusammengeschlossen, der jede wirtschaftliche Negung der Lohnsklaven in den Steinbrüchen durch terroristische Mittel zu unterdrücken sucht. Der Verband hat u. a. vereinbart, daß jeder Arbeiter, der ohne Erlaubnis seines „Vorberrn“ das Arbeitsverhältnis löst oder als „unliebsam“ entlassen wird, von allen übrigen Betrieben bis zur Dauer eines halben Jahres ausgeschlossen bleibt. Gegen diesen Ausbürgerungsterroris-mus haben die Christlichen nicht einmal einen schwächlichen Versuch unternommen, der Steinarbeiterverband hat jedoch, um zu sehen, ob in Deutschland die Leibeigenschaft wirklich noch existiert, die Staatsanwaltschaft aufgefordert, gegen die übermäßigen Terroristen einzuschreiten.

Inzwischen ist es wieder einmal zu einer der in diesen Betrieben so häufigen Explosionen gekommen; die Firma Pfeiffer u. Co. entließ einen Arbeiter, weil er den verlangten Kadavergehorsam nicht mehr leisten wollte. Die Entlassung hätte für ihn eine jeßononatische Aus-sperrung zu bedeuten. In spontan aufwallender Empörung legte der ganze Betrieb die Arbeit nieder, obwohl nur eine kleine Minder-heit dem Steinarbeiterverbande angehört. Der Unternehmerverband hat jetzt die Generalausperrung angebroht, wenn nicht am Montag die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen wird.

### Erfahrungen mit kurzer Arbeitszeit.

Das Sozialkomitee des norwegischen Storting hat kürzlich das Ergebnis seiner Untersuchungen über die Einführung eines gesetz-lichen Normalarbeitstages veröffentlicht. Besonders bemerkenswert sind die Gutachten, die das Komitee über die Wirkung der Arbeits-zeitverkürzung auf die Arbeitsleistung von Sachverständigen erhalten hat. Von der Leitung der norwegischen Staatsbahnverwaltungen liegt eine Erklärung vor, die besagt, daß jetzt in 53 Stunden Arbeitszeit wöchentlich ungefähr ebensoviel produziert wird, wie früher in 60 Stunden. Die Arbeitszeitverkürzung um über eine Stunde den Tag hat die Produktion nicht vermindert. Ferner wird berichtet, daß in andern Betriebszweigen, wo in Accord gearbeitet wird, fest-gestellt wurde,

„daß der Unterschied zwischen dem Arbeitsverdienst derer, die 8 Stunden, und derer, die 10 Stunden täglich arbeiten, verschwindend gering ist. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die beim Wegebau Sandaaf-Kanot gemachten Erfahrungen, wo die Arbeiter, nachdem sie den Wochentag ein halbes Jahr lang ausprobiert hatten, erklärten, daß sie diese Arbeitszeit beibehalten wollten, weil sie herausgefunden hatten, daß sie nun dieselbe Menge Arbeit in 8, wie sonst in 10 Stunden leisten können.“

Vom Bergwerksdirektor in Trondhjem wird erklärt, daß „nicht allein ebensoviel Arbeit in 53, wie früher in 60 Stunden geleistet wird, sondern daß es auch als ganz empfehlenswert anzusehen ist, die Arbeitszeit auf wöchentlich 48 Stunden herabzusetzen.“

Die Freiheit des Sozialkomitees, die aus Liberalen und Sozialdemokraten besteht, schlägt nun die Einführung eines gesetz-lichen Normalarbeitstages von 9 und von 8 Stunden vor. Die konservative Komiteeminderheit ist zwar im allgemeinen gegen einen gesetzlich beschränkten Arbeitstag, schließt sich jedoch dem Vor-schlage an, „daß die Arbeitszeit in Betrieben oder Teilen von Betrieben, wo besondere Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter vorhanden sind, oder wo leicht eine Ueberanstrengung eintreten kann, auf 8 Stunden den Tag beschränkt wird. Ebenso ist die Minderheit damit einverstanden, daß die Arbeitszeit in solchen Betrieben, die im hohen Grade gesundheitsgefährlich sind, noch weiter eingeschränkt werden kann.“

Dieses Urteil sollten vor allem unsere Unternehmer in der chemischen Industrie beherzigen, vielleicht würden sie dann etwas weniger mit der Gesundheit der Arbeiter.

### Eine Anerkennung der gewerkschaftlichen Arbeit.

Die Fachzeitung „Witumen“, Organ einer Reihe Unternehmer-verbände, beschäftigt sich in einer ihrer letzten Nummern mit den freien Gewerkschaften. Der Verfasser des Artikels, Dr. Karl Ruser, sagt da u. a.:

„Wir können davon absehen, alle in Deutschland bestehenden Arbeiterorganisationen aufzuzählen, wir bekommen eine deutliche Vorstellung von der Bedeutung der Arbeiterorganisationen, wenn wir die Zahlen derjenigen Arbeiterorganisationen anführen, die un-streitig die Interessen der Lohnarbeiterklasse am tatkräftigsten und umfänglichsten wahrnehmen, der freien Gewerkschaften.“

Nachdem dann eine zahlenmäßige Darstellung über die Be-deutung der Gewerkschaften erfolgt ist, heißt es weiter:

„Es wäre töricht, wollten wir uns über die Fülle von Macht täuschen, die sich hinter diesen Zahlen verbirgt; aber hinter ihnen steckt noch mehr, was vielleicht nicht sofort sichtbar wird, was aber deshalb nicht weniger von Bedeutung ist. Organisationen von dieser Ausdehnung zu schaffen, sie auszubauen, sie zu leiten, ist eine treffliche Intelligenz, die schöpferische Fähigkeit der Organisation, der Disziplinierung, des planmäßigen Willens und Erlernens in be-deutendem Maße voraus, Eigenschaften, auf die stolz zu sein die Lohnarbeiterklasse allen Grund hat.“

Die sachlichen Darlegungen schließen mit folgendem, von Obje-ktivität zeugendem Urteil über das Recht der Arbeiter auf Mitbestim-mung bei Festlegung der Arbeitsbedingungen:

„Diese Daten sollen ein kleiner Beitrag für die Notwendigkeit der Organisation der Unternehmer sein. Freilich nicht etwa zu dem Zwecke, um die Organisationen der Arbeitnehmer zu vernichten; solche Absichten lehnen wir als ausfichtlos und verwerflich von vorn-herin ab, wir erblicken vielmehr gerade in dem Wettbewerb großer und starker Organisationen beider am Arbeitsprozeß mitwirkender Faktoren die einzige Möglichkeit, um zu dem relativen Frieden zu kommen.“

der überhaupt im Zeitalter des Klassenkampfes denkbar ist. Wir behaupten uns vor, diese Behauptung in einem späteren Artikel zu beweisen, zu Zug und Frommen derer, die um ein beredigtigtes Wort zu zitiieren, hinter jeder Arbeiterorganisation die Hydra der Revolution lauern sehen."

Der Mann, der das schrieb, ist kein Lillie oder Reiskorn, die täglich den Vernichtungskampf der gewerkschaftlichen Organisationen fordern. Er sieht die Notwendigkeit des Bestehens der Organisationen ein und kommt deshalb zu ganz andern Schlüssen als diejenigen, die den Unternehmern für den unumschränkten Herrscher über die Arbeiter erklären.

**Preussische Ausweisungspraxis.**

Bekanntlich haben die junkerlichen Interessenpolitiker im preussischen Landtage die Einführung von Legitimationskarten für ausländische Arbeiter durchgesetzt. Diese Karten waren ursprünglich nur für Preußen vorgesehen, es haben aber inzwischen andre Bundesstaaten dem preussischen Vorbild nachgeefert. Die Karten sind auch nicht auf die ländlichen Arbeiter beschränkt geblieben, sie werden vielmehr heute, wenigstens in Preußen, schon von Industriearbeitern verlangt. Welchen Zweck diese Karten haben sollen, geht am besten aus der Verfügung des preussischen Ministers des Innern hervor, in der es heißt:

"Da die Arbeiterlegitimationskarten stets einen bestimmten Arbeitgeber angeben, so kann der Arbeiter die Arbeitsstätte nur wechseln, wenn die Ortspolizeibehörde die Karte auf den neuen Arbeitgeber umgeschrieben hat. ... Arbeiter, welche, ohne im Besitz der vorgeschriebenen Legitimationskarte zu sein, in Arbeit treten wollen oder in Arbeit getreten sind und sich eine solche auch nachträglich nicht beschaffen können, sollen aus dem Gewerbe vertrieben werden und in den dazu geeigneten Fällen über die Grenze zurückschickert werden. Die Ausweisung soll nicht stattfinden, wenn Kontraktbrüchige Arbeiter in das aus der Legitimationskarte sich ergebende frühere Arbeitsverhältnis zurückkehren."

Die ganze Einrichtung der Legitimationskarten stellt sich also dar als ein Versuch, den deutschen Unternehmern die ausländischen Arbeiter rechtlos in die Hände zu liefern und jedes Aufbegehren des hereingeholten Ausländers zu verhindern.

Inzwischen ist nun eine neue Verfügung des Ministers erschienen, nach der in Zukunft die Ausweisung nur dann erfolgen soll, wenn zweifellos festgestellt ist, daß Kontraktbruch vorliegt. Solange ein diesbezügliches gerichtliches oder gewerbegerichtliches Verfahren schwebt, soll von der Ausweisung abgesehen werden. Es ist bezeichnend für die Zustände in Preußen, daß etwas so selbstverständliches erst durch eine ministerielle Verfügung anbefohlen werden muß. Verständlich wird das aber, wenn man weiß, daß die ganze Ausweisungspraxis Preußens, soweit es sich um Arbeiter handelt, auf die Interessen der Arbeitgeber zugeschnitten ist und auf deren Wünsche und Forderungen weitgehendste Rücksicht nimmt. Das hat übrigens auch ein Jurist, Dr. Schlegelberger, in seinem vor kurzem erschienenen Buche über das Landarbeiterrecht offen ausgesprochen. Es heißt da:

"Das Recht zur Ausweisung ausländischer Arbeiter und die Vorschriften über das Verfahren dienen nicht nur dem Schutze der Allgemeinheit gegen den schädlichen Einfluß lästiger Ausländer, sondern auch dem Wohl des einzelnen Arbeitgebers, indem sie die Fortschaffung widerpenflicher und kontraktbrüchiger Elemente erleichtern. Eine Anzeige bei der Behörde wird regelmäßig genügen, diese zur Nachprüfung der 'Läufigkeit' des Ausländers zu veranlassen."

Eine Anzeige genügt! Gleich wie der Erdbler überflüssige oder abgelegte Kleider bei reifen Leuten abholt, holt der Staat "läufige" Arbeiter vom Unternehmer weg und schafft sie über die Grenze. Er ist eben der Hausknecht der Besitzenden!

**Der "Segen" der Fabrikwohnungen.**

Ein kranker Arbeiter einer Glasfabrik in Weißwasser erhielt kürzlich folgenden Brief:

"Da Sie wohl in absehbarer Zeit noch nicht arbeitsfähig sein werden und ich die von Ihnen innehabende Wohnung benötige, bedauere ich, Ihnen hiermit kündigen zu müssen, und bitte ich Sie, für rechtzeitige Räumung der Wohnung Sorge zu tragen. Achtungsvoll  
Glasfabrik Dr. Martin Schwegel."

Das ist die christliche Nächstenliebe, womit diese Wohlhabereinstellungen immer umgeben werden.

Ein andrer Fall:  
Der Glasmacher B., der verheiratet und Vater von drei Kindern ist, hatte infolge seiner Beschäftigung auf der Hütte zu sich auch eine Wohnung inne, die in einem der Firma gehörigen Wohnhause lag. Die Verhältnisse zwangen B., sich früher einmal Vorbehalt gegen zu lassen. Zweck Begleichung dieses wurden ihm wöchentlich 3 Mk. dem Lohn abgezogen. Da er mit dem noch übrig bleibenden Teile der Unterhalt seiner Familie nicht bestreiten konnte, hat er, eines mehr reichlich als zu sein und nicht so viel von seinem Lohn abzugeben. Als am 25. Juli d. J. wiederum 3 Mk. zurückbehalten worden und B. daher nur 11,89 Mk. erhielt, brach er hierüber seine Abfertigung aus. Dieses Verhalten ahndete die Firma mit der sofortigen Entlassung und sandte B. noch folgendes Schreiben:

"Abhängigkeit für Glasindustrie vom Friedr. Siemens Abteilung Wg.  
Wg bei Schneidemühl, den 27. Juli 1908.  
Herrn Glasmacher ...

Hierbei wird uns am Sonntagabend infolge Ihres dem Unterzeichneten gegenüber geäußerten Beschlusses zur sofortigen Lösung des mit Ihnen bestehenden Arbeitsverhältnisses gezwungen, Ihnen gleichzeitig auch die mit Ihrem Arbeitsverhältnis verknüpfte Lösung einer Wohnung zu erklären.

Sie fordern Sie daher hiermit auf, Ihre Wohnung bis zum 30. Juli abends spätestens zu räumen, bis zu diesem Zeitpunkt auch das Ihnen überlassene Feldland an uns zurückzugeben.

Ihren nach stehenden Lohn verwenden wir zur Tilgung Ihrer Verbindlichkeiten. Inwieweit diese dadurch nicht gedeckt ist, halten wir uns zur Aufgabe hiermit ausdrücklich aufrecht.

(Firmenstempel)  
F. R. Schuster."

Siehe wir den Entlassungsgrund wirklich in Betracht, so muß man fragen über die Geringfügigkeit desselben. Berücksichtigen wir weiter, daß der Arbeiter auch noch sein bares Geld in dem bestellten Jahre hat, daß er ebenfalls ohne die geringste Entschädigung abgehen muß, so muß man es bedauern, daß man solche Firmen nicht mit Hilfe der Gesetzgebung an den Kraken kann. So steht die vielbeschworene Arbeitergesetzgebung und Staatshilfe gegenüber man Schamgefühl, die zu brauchen nur einer kleinen Arbeiterbewegung möglich sein wird.

**Der Stand der Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz.**

Zur Landeskonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes nachträglich werden die Gewerkschaftsjahresberichte pro 1907, die ein erschöpfendes Bild von der bestehenden Bewegung erkennen lassen. Danach zählten bis 31. Dezember, welche dem Gewerkschaftsbund angehörend, Ende 1907 71.404 Mitglieder gegenüber 62.367 Ende 1906, so daß sie einem Zuwachs um 9.037 erlitten. Die einzelnen Berichtsgebiete haben folgende Mitgliederzahlen anzuweisen: Metallarbeiterverband 17.221 (1906: 14.564); Uhrmacherverband 7.789 (1906: 6.729). Dem Uhrmacherverband zugehörige Organisationen: Schalenmacher und Schmiedemacher 2000 Mitglieder, Uhrmacher 260, Uhrmacherhelfer 600, Zinnmacher 600, Ziffermacher 50 und Uhrmacherhelfer 207. Die Gesamtzahl der in der Uhrmacherei beschäftigten Arbeiter beträgt also jetzt 13.900 Mann. Die verschiedenen Organisationen der Textilindustrie zählten insgesamt rund 10.000 Mitglieder, Holz-

arbeiter 7863, Buchdrucker 2856, Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe 1226, Buchbinder 630, Lithographen 571, Lebens- und Genussmittelarbeiter 4308, Feinarbeiter 2600, Zimmerleute 1486, Schmiedemacher 1306, Gemeinde- und Staatsarbeiter 1760, Arbeiterkammer des Kantons Tessin 3033 usw.

Dazu kommen noch die 6 Verbände der Maurer und Handwerker (6000 Mitglieder), Gipser und Maler (3900), Schneider (1920), Typographen der romanischen Schweiz (821) und Putzmacher (277) mit zusammen 14.064 Mitgliedern, die zwar auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, jedoch dem Gewerkschaftsbunde nicht angehören.

Die Verbände des Berlehrspersonals (Eisenbahn, Post und Telegraph) umfassen 42.654 Mitglieder, sie gehören dem Gewerkschaftsbunde ebenfalls nicht an.

Die christlichen Gewerkschaften zählen angeblich 5300 Mitglieder, außerdem sollen 6000 Textilarbeiterinnen in den katholischen Arbeitervereinen organisiert sein, deren gewerkschaftliche Qualität wohl aber sehr gering ist.

Die Gesamtzahl aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der Schweiz beträgt demnach 185.377, eine schöne Zahl, die aber angesichts der Zahl von mindestens 400.000 organisationsfähigen Arbeitern und Arbeiterinnen noch durchaus unbefriedigend ist. Sie kann und wird auch hoffentlich noch vervielfältigt werden.

**Löhne in Amerika.**

Genauere Angaben über die Höhe der amerikanischen Arbeitslöhne, bekanntlich die besten der Welt, werden in einer Statistik veröffentlicht, die jüngst das Bureau der Vereinigten Staaten in Washington herausgegeben hat. Die Statistik wurde im Jahre 1904 aufgenommen, also zur Zeit der vielgerühmten "Prosperität", des Wohlstandes. Berichte aus 123.703 industriellen Werken, die 2.297.819 Arbeiter beschäftigten, liegen den aufgestellten Berechnungen zugrunde. Diese Arbeiterzahl schließt ein rund 2.620.000 Männer, 588.000 Frauen und 90.000 Kinder unter 16 Jahren. Die Gesamtzahl aller Lohnarbeiter in den Vereinigten Staaten wurde zur Zeit der Statistik auf 5.470.000 berechnet.

Die Statistik ergab, daß die größere Hälfte der 3.298.000 Arbeiter einen wöchentlichen Verdienst von 67,50 Mk. und darüber erhielt. Der Durchschnittswochenlohn für das ganze Land wurde auf 42 Mk. festgestellt. Der Wochenlohn eines männlichen Arbeiters betrug durchschnittlich 46,50 Mk., eines weiblichen Arbeiters 25,75 Mk. und eines Kindes 14,50 Mk.

Güter diesen Löhnen steht der Durchschnittslohn des deutschen Arbeiters weit zurück, und dabei muß man bedenken, daß der amerikanische Arbeiter sein Fleisch, sein Brot und seine Butter nicht teurer, sondern oft noch billiger einkauft als der deutsche. Und doch klagen deutsche Unternehmer jählich über die Begehrlichkeit ihrer Arbeiter, und die Kompositionsfähigkeit des deutschen Arbeiters soll wohlgefallen!

An den folgenden Zahlen kann jeder Arbeiter selbst Vergleiche anstellen zwischen seinem Verdienst und dem seines amerikanischen Kollegen. Das ist um so leichter, als bei dem Durchschnittseinkommen der genannten Statistik die Zeit der Arbeitslosigkeit nicht in Betracht gezogen worden ist. Rechnet man diese Zeit hinzu, so wird der Lohn haben wie drüben natürlich noch um ein gut Teil geringer. Es handelt sich, wie schon bemerkt, um Löhne, die zur Zeit einer guten Konjunktur gezahlt werden.

Den höchsten Lohn erhalten die Steinschneider mit durchschnittlich 90 Mk. Wochenlohn, dann folgen männliche Schuhmacher mit 70 Mk., dann die Chemiker, Lithographen und Arbeiter ähnlicher Berufe mit nahezu 70 Mk. Männliche Uhrmacher erhalten 67 Mk., weibliche Uhrmacher 37 Mk.

Dieser Gruppe der bestbezahlten Lohnarbeiter steht die Gruppe der am schlechtesten bezahlten, der Arbeiter in Teppich- und Harz-Fabriken mit 22 Mk. und der Arbeiter in Anlagen für Baumwollspinnmaschinen mit 28 Mk. Wochenlohn gegenüber.

Im Mittel bewegen sich die Löhne in den Industrien mit der zahlreichsten Arbeiterzahl. Da sind die männlichen Schuhmacher mit 49,50 Mk., die weiblichen mit 30,50 Mk. In der Kleiderindustrie verdienen die Männer 50,75 Mk., die Frauen 25 Mk. Durchschnittslohn pro Woche. Die Arbeiter, die bei der Fabrikation elektrischer Maschinen und Apparate beschäftigt sind, erhalten 45,50 Mk., die Arbeiter in Gießereien und beim Maschinenbau 49,50 Mk. In der Möbelindustrie werden Männer mit 42,25 und Frauen mit 23 Mk. bezahlt. Glasarbeiter erhalten 58,50 Mk., Strumpfwarenarbeiter 36,50 Mk., Arbeiterinnen 25 Mk., Eisen- und Stahlarbeiter 52 Mk., Bauholzarbeiter (Türen, Fenster usw.) 46 Mk., Arbeiter im Druckergewerbe 54,25 Mk., im Zeitungsgewerbe 55 Mk., Zigarren- und Tabakarbeiter 46 Mk., Arbeiterinnen aber nur 24,75 Mk., Bäcker 48,50 Mk., die Arbeiter der Wagenindustrie 42,75 Mk., die Putzmacher 55 Mk., Brauereiarbeiter 59,50 Mk. Durchschnittslohn pro Woche.

In der Textilindustrie besteht ein großer Unterschied zwischen den Löhnen im Norden und in den Südstaaten, wo überhaupt sehr schlechte Löhne gezahlt werden. Während in den Neu-England-Staaten der Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter für eine bestimmte Ware 35 Mk. pro Woche beträgt, werden im Süden nur 21 Mk. dafür bezahlt. Die Südstaaten sind besonders berufen wegen der schlechten Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen; auch die Ausbeutung der Kinderarbeit ist dort am schlimmsten.

**Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion des "Proletariers" schreiben.**

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und sende es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit guter, schwarzer Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.
4. Lasse zwischen den Zeilen mindestens einen Raum von der Breite einer Zeile, damit die nötigen Korrekturen angebracht werden können. Wenn du mit der Schreibmaschine schreibst, so muß der Zwischenraum mindestens drei Zeilen breit sein.
5. Schreibe nur auf schmales, höchstens 15 Zentimeter breites Papier.
6. Verwende zum Maschinensetzen nur solches Papier auf das man auch mit Tinte schreiben kann.
7. Schreibe nicht "gestern" oder "heute", sondern den Tag und das Datum. Dies ist bei Einsendungen an den "Proletarier", der nur einmal wöchentlich erscheint, besonders notwendig.
8. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
9. Die Hauptsache: Schreib nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich durch Durchschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Verlastung des Redakteurs gestrichen werden usw.
10. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nicht berücksichtigen.
11. Schreibe jedes Wort aus und nicht KOLL statt Kollege, Ind. statt Industrie, u. stat und usw.
12. Sämtliche Zuschriften müssen mit dem Stempel der Verantwortlichkeit versehen sein. Wenn in den Zuschriften Personen eventuell vor Gericht die Richtigkeit der Angaben bezeugen können, so sind diese Zuschriften, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, können nicht berücksichtigt werden.

Die genaue Bestimmung dieser Ratsschlüsse liegt im wohlverstandenen eigenen Interesse der Leser. Befolgen diese die Ratsschlüsse nicht, so haben sie es nur sich selber zuzuschreiben, wenn ihre Sendung nicht in der von ihnen gewünschten Weise erledigt wird.

**Achtung.**

**Die Reiseunterstützungsauszahlung!**

Noch immer wird nicht die genügende Sorgfalt beim Auszahlen der Reiseunterstützung, namentlich der Reiseunterstützung geteilt. Jeder Auszahler hat sich nicht allein damit zu begnügen, daß das Mitglied einen Reisekontrollschein besitzt und schon anderweitig Unterstützung erhielt, sondern er hat sich davon zu überzeugen, ob das Mitglied auch berechtigt ist, Unterstützung zu beanspruchen. Er hat also nachzusehen, wann das Mitglied eingetreten ist und wieviel Beiträge es bisher geleistet und Unterstützung bezogen hat. Bei Mitgliedern, die aus andern Verbänden zu uns übergetreten sind, ist aber auch darauf zu achten, ob sie in ihrer früheren Organisation auch Erwerbslosenunterstützung bezogen konnten.

Das Mitglied Peter Karup, eingetreten am 15. November 1907 in Kopenhagen im Dansk Arbejdsmands-Forbund, übergetreten am 1. Juni 1908 auf Buch-Nr. 322-523 in Dessau, hat in 4 Zahlstellen Unterstützung bezogen, obgleich das Mitglied noch kein Jahr gewerkschaftlich organisiert war, erst im ganzen 39 Wochenbeiträge geleistet hatte, davon 29 im dänischen Verband und 10 bei uns. Obwohl ausdrücklich auf der Rückseite des Titelblatts vermerkt war, daß die im dänischen Verband geleisteten Beiträge bei der Erwerbslosenunterstützung nicht in Anrechnung kommen, ist dem Mitgliede in Dessau der Kontrollschein am 3. August ausgestellt, darauf es am 7. August in Chemnitz 3 und am 9. August 1 Mk. erhielt. Ferner bezog das Mitglied in Bwidau am 19. 8. 3 Mk., in Plauen am 22. 8. 3 Mk. und am 25. 8. in Moschendorf ebenfalls 3 Mk., also in Summa 13 Mk.

Eine größere Nachlässigkeit ist wohl noch nicht dagewesen. Nach den statistischen Bestimmungen konnte das Mitglied erst vom 1. Juni 1909 ab nach Leistung von 52 Wochenbeiträgen Unterstützung beziehen. Wir erwarten, daß durch dieses Beispiel die Auszahler die Mitgliedsbücher mehr beachten.  
Der Vorstand.

**Verbandsnachrichten.**

Vom 1. September ab gingen bei der Hauptklasse folgende Beträge ein:

- Hasselbrod 2,—, Mauenischer Grund 1200,—, Delmenhorst 1000,—, Naumburg a. S. 100,—, Stettin 800,—, Bremen 800,—, Alfeld 100,—, Neulosen 150, Nossen 180,—, Halle a. S. 600,—, Witt 150,—, Worb 100,—, Strehlen 80,50, Bergedorf 800,—, Pflanzstadt 500,—, Partha 100,—, Culin 100,—, P. Sch. 10,—, Halle a. S. 800,—, Harzburg 46,80, Neumarkt i. Schl. 29,40, Stadtilben 18,44, Dresden 800,—, Tschoe 400,—, Köpenick 400,—, Staßfurt 300,08, Mannheim 600,—, Leipzig 1600,—, Stuttgart 500,—, Fürth 600,—, Kl.-Wittenberg, Bez. Halle 150,—, Wulsdorf 3,60.

Schluss: Montag, 7. September, mittags 12 Uhr.  
Fr. Bruns, Kassierer.

Berichtigung: In Nr. 36 ist irrtümlich für Magdeburg 1 mal 800,— Mk. zweifelt quittiert.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1908 haben eingefandt:

Cebelsberg, Guben 2. und 3. Quartal, Rheinsberg, Harzburg, Ramens, Stadtilben.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen: Göttingen, 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

Verloren und für ungültig erklärte Bücher.

Das Mitgliedsbuch Nr. 205394, lautend auf Franz Christ aus Stettin, eingetreten am 15. August 1906 in Hannover, ist abhanden gekommen. Quittiert waren in demselben 3 Mk. Reiseunterstützung, und enthielt noch einen Reisekontrollschein. Es wird gebeten, das Buch anzuhalten und an den Kollegen F. Lewin, Hannover, Knochenhauerstraße 41, einzusenden.

Buchnummer 74322, ausgestellt am 1. April 1905 in Dörfen auf den Namen Robert Gent.

Buchnummer 22895, ausgestellt am 1. Januar 1905 in Zülchow auf den Namen Adolf Gregor.

Buchnummer 23966, ausgestellt am 13. Oktober 1896 in Lübeck auf den Namen Gottl. Lutmann.

Buchnummer 119087, ausgestellt am 4. Februar 1906 in Sandhausen auf den Namen Rupprecht.

Buchnummer 236404, ausgestellt in Straßburg auf den Namen Joz. Brennis.

Buchnummer 56938, ausgestellt am 1. Januar 1906 in Harburg auf den Namen Joh. Pflanzig.

Buchnummer 276247, ausgestellt am 28. September 1907 in Magdeburg auf den Namen Karl Bauermeister.

Buchnummer 219507, ausgestellt in Burg auf Fehmann auf den Namen Albert Schulz. Dieses Buch ist angeblich gestohlen worden und wird ersucht, dasselbe anzuhalten und dem Hauptortstand einzusenden.

Buchnummer 303490, ausgestellt auf den Namen Christian Walz, eingetreten am 1. März 1908 in Stuttgart.

Für ungültig erklärt ist das Mitgliedsbuch Nr. 115990. Gestohlen ist das Mitgliedsbuch dem Kollegen Drimbovsky, geboren am 8. November 1878 zu Dortmund, eingetreten am 22. Dezember 1907 in Lägerdorf.

Ausgeschlossen wurde auf Antrag der Zahlstelle Hamburg das feierliche Mitgliedsbuch Gottfr. Gelpaar, Buchnummer 25192, wegen Verstoßes gegen § 7, Absatz d des Statuts.

**Eingegangene Zahlstellen.**

Byrmont.  
Angeschlossen haben sich die Mitglieder der Zahlstelle Felheim an Regensburg und die Mitglieder der Zahlstelle Reimen an die Zahlstelle Mannheim.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Udernaß. Franz Seiff, Steinweg 20.
- M.-Strogenburg. Math. Fischer, Altestraße 122.
- Sachsenburg. Wilhelm Kremers, Ilvesheimerstraße 535.
- Rheinsberg i. d. Mark. August Dinz, Kirchstraße.
- Zorgau. Wilhelm Reichert, Bäderstraße 16.
- Worms. Paul Rust, Gorchheimstraße 54.

**Briefkasten.**

H. Br. in N. Mit so targa Notizen kann ich wirklich nichts anfangen.

**Inserate.**

**Aufforderung.**

Der Kollege Bruno Brüßig, Buchnummer 152120, wird aufgefunden, sofort seine jetzige Adresse wegen Todesfall seines Vaters nach Hause zu senden.  
10,90  
Die Ortsverwaltung.

## Aus der chemischen Industrie.

### Ueber den deutschen Geschäftsgang im Jahre 1907

Berichtet eine „große chemische Fabrik“ dem „Berl. Tagbl.“ folgendes: „Im Jahre 1907 war der Absatz in Feinchemikalien und pharmazeutischen Produkten zufriedenstellend; in den wichtigsten Ländern sind die Umsätze gestiegen. Leider zeigten aber die Verkaufspreise eine noch immer fallende Richtung. Auf die Farbenverkäufe dieses Jahres wirkt die amerikanische Geldkrise nach, nicht bloß in Amerika selbst, sondern auch in anderen Ländern. In pharmazeutischen Präparaten ist die Nachfrage infolge der Massenerkrankungen an Influenza gestiegen. Die Wirkung der neuen Handelsverträge läßt sich jetzt endgültig beurteilen. Leider muß festgestellt werden, daß diese für die chemische Industrie viele Nachteile gebracht haben. Nur die Behauptung unserer Stellung in Rußland waren wir gezwungen, unsere russische Fabrik bedeutend zu vergrößern, so daß wir fast 80 Prozent unseres großen gesamten russischen Absatzes in Rußland selbst herstellen. Dadurch, daß auf Grund der erhöhten Bölle für Zwischenprodukte zwei russische Fabriken zur Herstellung von Anilin und reinen Salzen übergegangen, ist auch dieses Produkt als für Deutschland verloren zu betrachten. Es sieht zu fürchten, daß weitere Zwischenprodukte folgen werden. In Oesterreich-Ungarn hat sich infolge der erhöhten Bölle für Anilinfarben die dort kürzlich errichtete und von einer deutschen Firma unterhaltene Firma weiter entwickelt. Ein anderes Unternehmen der anorganischen Industrie hat ebenfalls die Fabrikation eines Artikels der deutschen Farbenindustrie aufgenommen. Um konkurrenzfähig zu bleiben, sind deshalb die deutschen Werke gezwungen, in den meisten Fällen den neuen, erheblich erhöhten Zoll selbst zu tragen.“ Kommen hinzu die Schädigungen durch das auch an dieser Stelle schon besprochene englische Patentgesetz. Der Agrarier- und Zuckermüll, die „verdannte“ Industrie in Deutschland zu beschränken, geht in Erfüllung!

### Eine Unternehmervereinigung für den Ammoniakverkauf

besteht für die Ammoniakherstellung der rheinisch-westfälischen Grubenbarone in Bochum als „Deutsche Ammoniak-Verkaufsgesellschaft“. G. m. b. H. Im letzten Geschäftsjahre 1907 fand der Vereinigung neu hinzutretenden: Gewerkschaft Auguste Viktoria, Hülse, Kreis Beckinghausen; Gewerkschaft Döpel, Kreis Dortmund; Hüstener Gewerkschaft, Aktiengesellschaft, Eisenwerkabteilung, Hüsten i. W., mit einer Gesamtstammkapital von 4100 Mk., wodurch das Stammkapital auf 288 900 Mk. erhöht wurde. Nach dem Geschäftsbericht für 1907 stand man im Zeichen „einer starken Vermehrung der Ammoniakherzeugung und einer nicht entsprechenden Entwicklung des Verbrauchs in den Herstellungsländern“. Es mußte deshalb die Ausfuhr in verstärkter Weise aufgenommen werden, die eine wesentliche Entwertung nicht herbeiführte, weil die überseeischen Länder sich als sehr aufnahmefähig erwiesen. Die Ablieferungen haben sich im ganzen belaufen: an Ammoniak auf 156 833 Tonnen (gegen 129 887 Tonnen), an starkem Ammoniakwasser auf 13 285 Tonnen (gegen 9300 Tonnen). Der Absatz von 27 000 Tonnen gegen das Vorjahr entfällt mit rund 22 000 Tonnen auf die Ausfuhr, die sich steigerte auf 60 000 Tonnen, gegen 38 000 Tonnen im Vorjahre, und in der Hauptsache nach Belgien, Frankreich, Java, Japan, Italien, Spanien usw. ging. So helfen sich die Kapitalisten durch Organisation im Inlande und lebhaft Verbindung mit dem Auslande. Und ihre Arbeiter? Um sie daselbst?

### Chemische Arbeiterverhältnisse in den Reichsländern.

Die Reichsländer werden, wie die letzte Berufszählung gezeigt hat, in immer größerer Maße industrialisiert. Auch die Entwicklung der chemischen Industrie trägt ihr Teil dazu bei. Nach den in eben veröffentlichten Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für Elsaß-Lothringen gab es im Vorjahre dort 77 Betriebe der chemischen Großindustrie mit 3827 Arbeitern, 2 Zündholzfabriken mit 12 Arbeitern, 2 Bleifarbenfabriken mit 5 Arbeitern, 6 Thomaschlackenmühlen mit 305 Arbeitern und daneben 155 Seifen-, Del- oder Firnisfabriken mit 1853 Arbeitern. Die reichsständischen Kollegen der chemischen Großindustrie und der Del- und Seifenfabriken könnten also, selbst wenn die ca. 300 jugendlichen Arbeiter nicht gleich mit in Betracht kämen, eine organisierte Proletariatsgruppe von 3000 bis 4000 Mann bilden, wenn sie sich dessen schon bewußt wären, was damit zu erreichen ist. Auch die 800 erwachsenen Mädchen und Frauen aus der Branche wären zu organisieren, zumal allein 690 weibliche Köpfe auf die chemische Großindustrie fallen. Statt dessen ist erst der kleinste Teil dieser Leute im Fabrikarbeiterverband. Selbst das unruhigere französische Blut treibt sie nicht zu systematischem Widerstand. Reichsländer und Reichsständländer lassen sich mit derselben Lammesgebild ausdrücken. Mächtig sie bald ein schlafstarrer Bestandteil unserer chemischen Arbeiterorganisation werden!

### Chemische Betriebsunfälle in Frankreich.

Nach einer amtlichen französischen Veröffentlichung vom Juli d. J. herrschen in der chemischen Industrie Frankreichs, die doch bei weitem nicht so umfangreich ist, als die deutsche, ebenfalls fürchterliche Betriebsverhältnisse. Denn wie kann man es anders bezeichnen, wenn wir erfahren, daß im Jahre 1907 aus den französischen Betrieben der chemischen Industrie nicht weniger als 17 777 Unfälle allein amtlich gemeldet wurden, wobei zu beachten ist, daß Frankreich keine so eingehend geregelte Unfallversicherung mit Meldepflicht besitzt, wie Deutschland, und daß in Deutschland bekanntlich aus unsern Gichtstätten zu gleicher Zeit 13 000 Unfälle gemeldet wurden. Von den 17 777 chemischen Betriebsunfällen des Jahres 1907 in Frankreich verließen 51 tödlich, 17 283 mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit von mehr als 3-tägiger Dauer und 141 mit dauernder Erwerbsunfähigkeit als Folgeerscheinung. Bei 302 Unfällen blieb letztere unbekannt. Aus chemischen Betrieben, die in Verbindung mit Bergwerken und Gängen stehen, lagen außerdem noch 387 Unfallmeldungen vor; 2 dieser Fälle verliefen tödlich, 276 hatten vorübergehende und 100 dauernde Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Renten wurden nur für 1000 Unfallverletzte der chemischen Industrie oder ihre Angehörigen festgestellt. Ein trübes Bild!

### Sturmangriff der österreichischen Unternehmer gegen den Zelluloidarbeiterkampf.

Gleich nach dem letzten „Proletarier“ besprochenen und anerkannten neuen österreichischen Zelluloidverordnung fand in Wien eine Besprechung der Zelluloidinteressenten über die neuen Vorschriften statt. Es wurde dagegen remonstriert, daß in der neuen Verordnung die Fabrikanten persönlich haftbar für alle Anordnungen, resp. die deren Detaildurchführung gemacht werden. Durch die Strafbestimmungen sei der Willkür einzelner Beamten zu viel Spielraum gelassen. Ein kleiner Kammerherr werde hinsichtlich des Betriebes genau so beurteilt, wie ein Fabrikant. Durch die Vorschriften ausnahmslos den Kaufmannsstand in allen Rängen, auch in den Kontoren, werden die Betriebe in eine Strafanstalt verwandelt. Es sei nicht gerechtfertigt, das Zelluloid so streng zu beurteilen, wie etwa Pulver oder Dynamit. Die Erzeuger verwarfen sich „gegen die kategorische Haftung einzelner Vorschriften und seien nur in der Lage, für ihre Anordnungen, nicht aber für jede ihnen unbekanntes Unterlassung im Detail zu haften“. Diesbezüglich müßten die harten Maßregeln gemildert werden. Unter allgemeiner Zustimmung der Anwesenden wurde schließlich in Aussicht gestellt, daß, falls die Härten der behördlichen Vorschriften nicht entsprechende Milderung erfahren sollten, mit der freiwilligen Sperrung der Zelluloidbetriebe vorgegangen werden würde. Man würde Mittel und Wege finden, um die Betriebe ins Ausland, event. nach Ungarn zu verlegen, wo sie mehr staatliche Förderung zu erwarten hätten. Die Besprechung endete

mit dem Beschluß, sich zur Einleitung einer Abwehraktion sofort mit dem Bundes der österreichischen Industriellen ins Einvernehmen zu setzen und hierauf, wenn nötig, Anordnungen zu den maßgebenden Faktoren zu entsenden. Es scheint also, daß den Herren noch zu wenig Menschenopfer gefallen sind und daß noch zu wenig Arbeiterleiber geschmort wurden. Gewissenlos wie vor der letzten Katastrophe setzen sie mit ihrem Widerstand gegen jeden wirksamen Arbeiterkampf ein. Und wie brutal drohen sie sofort mit einem Unternehmerkrieg beginnend mit der Flucht ins Ausland, diese vaterlandlosen Profitgebell! Wenn doch nur die Arbeiter die Hälfte der Entschiedenheit für den Arbeiterkampf aufbrächten, den diese Kapitalisten gegen den Arbeiterkampf leisten! Hoffentlich bleiben aber die österreichischen Behörden fest.

### Kapital und Arbeit in der chemischen Industrie der Schweiz.

Nach der neuesten amtlichen Schweizer Fabrikstatistik hat nächst der Schiffen-Erdölerei die chemische Industrie von 1895 bis 1902 den stärksten Zuwachs an Zahl der Unternehmungen und der Arbeiter gehabt. Die Unternehmungen hatten sich um 67 Prozent, die Arbeiterzahl um 73 Prozent vermehrt. Es muß indessen bemerkt werden, daß die eidgenössischen Fabrikinspektoren zur chemischen Industrie die folgenden 19 Industriezweige rechnen, von denen einige mit der eigentlichen chemischen Industrie nur eine beschränkte Verwandtschaft aufweisen: 1. Anilinfarben und Farbstoffe; 2. andere Farben, Firnisse, Lacke; 3. Tinte, Schuhwäpfe; 4. Leuchtstoffe; 5. Kerzen, Seifen, Parfüms; 6. Leim und Gelatine; 7. Kunstbänder; 8. Pharmazeutische Produkte; 9. Zündhölzer aller Art; 10. Sprengstoffe; 11. Künstliche Seide; 12. Kautschuk-Gezeugnisse; 13. Gasanstalten u. dgl.; 14. Calciumkarbid; 15. Galbanische Kohlen; 16. Elektricitätswerke; 17. Vergoldung, Verfilberung, Vernickelung; 18. Komprimierte Gase; 19. Kälte-Maschinen, Kälte-Maschinen. Die Industrien zählten 279 Anlagen. Die Zunahme zeigt sich in allen wichtigen Zweigen, so in der Fabrikation der Farben, Seifen, Kerzen, der Säuren und der anderen Chemikalien für die Industrie. Die Gesamtzahl der in der chemischen und physikalisch-chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter betrug 1895 4058 und stieg bis 1902 auf 7016 (5966 männliche und 1050 weibliche). Darunter sind 265 jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren und 245 jugendliche Arbeiterinnen des gleichen Alters, 5104 Männer und 753 Frauen von 18 bis 50, 597 Männer und 52 Frauen von über 50 Jahren. Der Nationalität nach teilten sich die 7016 Arbeiter in 5195 Schweizer, 900 Deutsche, 303 Franzosen, 532 Italiener, 84 Oesterreicher und zwei anderer Nationalität. Bezüglich der Arbeitszeit ergibt die Statistik: 39,2 Prozent der Arbeiter arbeiteten bis zu 65 Stunden wöchentlich, 11,1 Prozent bis zu 62 1/2 Stunden und 49,7 Prozent 60 Stunden oder weniger. Danach wäre wenigstens für die Hälfte der chemischen Industriearbeiter in der Schweiz der Achtstundentag erreicht. Am meisten Arbeiter beschäftigten die Anilinfarbenfabriken (1400), die Gasanstalten (1122) und die Elektricitätswerke (941), dann folgen die Fabrikation von Chemikalien für die Industrie (704), von Kerzen und Seifen (536), künstlicher Seide (402), Zündhölzern (327) usw.

Die 279 Unternehmungen in der Schweiz arbeiten mit 127 268 disponiblen HP, von denen 96 361 HP erforderlich sind. Von den 127 268 HP werden 101 243 HP durch Wasser, 12 269 HP durch Dampf, 10 751 HP durch Elektricität und 3005 HP auf andere Weise geliefert. Als Zahl der Unternehmungen werden angegeben: 80 Elektricitätswerke, 33 Fabriken von Kerzen und Seifen, 30 Gasfabriken, 22 Fabriken von Chemikalien für die Industrie usw. Die meisten chemischen und physikalisch-chemischen Fabriken hat der Kanton Basel (28 Unternehmungen und 1675 Arbeiter; es folgen Zürich (40 und 1050), Bern (49 und 836), Genf (25 und 712), Aargau (19 und 543), Wallis, Neuchâtel, St. Gallen, Luzern mit 10 bis 18 Unternehmungen und 200 bis 400 Arbeitern. Zug und Appenzell haben nur je ein Unternehmen und Unterwalden gar keins.

### Künstliches Indigo und russische Hausindustrie.

Nach dem Jahresbericht für 1906 des deutschen Konsulats in Moskau ist besonders interessant die Lage auch auf dem russischen Indigomarkt, wo schon seit Jahren ebenfalls das Naturprodukt mit dem künstlichen Indigo einen erbitterten, bis jetzt noch unentschiedenen Kampf auszufechten hat. „Der (nicht erhöhte) Polyp für beide Waren ist gleich, und die russische Zolltarif macht in ihren Ausschreibungen keinen Unterschied zwischen dem natürlichen und dem künstlichen Produkt; es läßt sich daher das Verhältnis beider in der Einfuhr (in Rußland wird bis jetzt kein künstlicher Indigo fabriziert) nicht genau feststellen. Die Einfuhr betrug:

1903	1904	1905	1906
Rub	Rub	Rub	Rub
42 200	44 900	45 700	51 000

Es ist also in beständigem Steigen begriffen. Man wird diesen Zuwachs der Einfuhr und des Verbrauchs auf beide konkurrierende Waren ungefähr gleichmäßig verteilen können. In der Großindustrie, speziell in der Baumwollindustrie, hat das Kunstprodukt wohl jetzt schon den endgültigen Sieg davon getragen. Dagegen hat sich der natürliche Indigo in der Wolllindustrie noch teilweise, vor allem aber in der in Rußland ungeheuer verbreiteten Hausindustrie (Hausfabrik) fest behauptet, und diese verbraucht noch immer den größten Teil des in Rußland konsumierten Indigoquantums. Kenner schätzen den Bedarf an Naturindigo auf nahezu 2/3, den an künstlichem Indigo auf etwas über 1/3 des Gesamtverbrauchs. Die Preise des natürlichen Produkts, die 1905 wegen der reichen Ernte nachgefallen hatten, stiegen im Jahre 1906 furchtbar, sodaß erste Waren anfangs 1907 105—108 Rubel pro Pud notierten. Nur der Umstand, daß das Kunstprodukt nicht teurer wurde, ließ es zu weiterer Preissteigerung nicht kommen. Der Preis für künstlichen Indigo hielt die beiden deutschen Fabriken, die ihn allein einführen, auf 72 Rubel pro Pud. Es ist übrigens bemerkenswert, daß es gerade die niedrigeren Preise für künstlichen Indigo sind, die nach dem Urteil mancher Kenner der Verhältnisse seiner weiteren Verbreitung in der Klein- und Hausindustrie hinderlich sind. Der kleine Verbraucher ist häufig heute noch sehr feinsinnig überzeugt, daß künstlicher Indigo nur ein minderwertiges Erzeugnis aus natürlichem Indigo sei und deshalb niedriger im Preise stehen müsse und hält deshalb an altgewohnten und erprobten Naturprodukt fest. Ueberhaupt greift die Ansicht immer mehr Platz, daß die Verbraucher zum großen Teil auch dann beim Naturindigo bleiben werden, wenn der Preisunterschied dauernd ein sehr großer sein oder sogar noch größer werden sollte, während andererseits zahlreichere Kunden, die sich an künstlichen Indigo gewöhnt haben, auch bei starkem Sinken der Preise für Naturindigo nicht mehr zu ihm zurückkehren werden. Der Konkurrenzkampf wird also aller Voraussicht nach noch lange nicht zugunsten des künstlichen Produkts entschieden sein. Auch in der übrigen Farbenindustrie ist im allgemeinen, wie in der Feinchemikalienindustrie, ein Anwachsen der russischen Produktion und dementsprechend ein langames Zurückgedrängtwerden der Einfuhr, die hier neben Deutschland hauptsächlich Frankreich und England befreiten, festzustellen.“ Es ist von höchstem Reiz, aus diesen amtlichen Mitteilungen zu erfahren, wie allmählich moderne Großindustrie und zurückgebliebene Hausindustrie von Rußland durch den Weltverkehr in Berührung miteinander kommen.

### Die Terpentins- und Garzindustrie in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Von der amerikanischen Regierung werden nachstehende Einzelheiten über die Terpentins- und Garzindustrie in den Vereinigten Staaten veröffentlicht. Die angeführten Erhebungen, deren ganz oder schlechte Methode freilich von uns nicht nachgeprüft werden kann, gehen bis Ende 1905 und schließen alle diejenigen Werke ein, die

eine Jahresproduktion im Werte von mehr als 500 Dollars haben. Man ist also sehr ins Einzelne gegangen, was allerdings bei dieser Industrie nötig war, da die Anzahl der kleinen Produzenten bedeutend ist. Die eigentliche Produktion liegt nur in Ausnahmefällen in den Händen großer Firmen, meistens wird sie von kleinen und mittleren Firmen, hauptsächlich Schwarzen, betrieben. Diese sind häufig genug nicht einmal selbst Eigentümer des von ihnen bearbeiteten Waldlandes, sondern haben dasselbe von einer großen Ländereigentümlichkeit gepachtet. Die folgende Tabelle gibt die genaueren Ziffern über die Anzahl der Betriebe, das angelegte Kapital, die bezahlten Löhne usw.

	1905	1900
Anzahl der Betriebe	1 287	1 503
Kapital mit der Gewinnung von Terpentin und Garz	6 961 185 Dollar	11 847 495
Bezahlte Angestellte, Anzahl	2 147	1 889
Gehälter	1 152 228 Dollar	778 694
Arbeiter, Anzahl	33 382	41 864
Gesamtlöhne	8 328 700 Dollar	8 393 483
Verchiedene Ausgaben	1 639 014 Dollar	476 171
Kosten des verbrauchten Materials	3 774 637 Dollar	6 186 492
Wert der Erzeugnisse	23 937 024 Dollar	20 344 888

Außer den oben für 1905 angeführten Betrieben, die ausschließlich mit der Gewinnung von Terpentin und Garz beschäftigt waren, sind noch vier Betriebe zu nennen, deren Hauptgeschäft der Holzhandel war, die aber Terpentins- und Garz als Nebenprodukte für insgesamt 26 750 Dollar gewonnen haben.

Soweit der Wert der gewonnenen Produkte in Betracht kommt, ist ein jetzes Anwachsen der Industrie seit dem Jahre 1870 zu verzeichnen, und zwar von 3 585 225 Dollar auf 23 937 024 Dollar. Bis zum Jahre 1900 ging auch eine stete Zunahme der Produktionsmenge damit Hand in Hand; von 1900 ab fiel die produzierte Menge zurück. Klagen über die Abnahme sind häufig in Fachblättern und von Interessenten laut geworden, und besonders ist auf den Mangel hingewiesen worden, der in den Vereinigten Staaten getrieben wird. Erst seit wenigen Jahren haben die großen Ländereigentümer darauf bestanden, eine rationellere Art der Terpentins- und Garzgewinnung einzuführen.

Die große Differenz zwischen dem im Jahre 1900 und dem im Jahre 1905 angelegten Kapital ist daraus zu erklären, daß im Jahre 1900 der Gesamtwert der Firmen, auf denen Terpentins- und Garz gewonnen wurde, in Rechnung gesetzt worden ist, während 1905 nur der Wert derjenigen Ländereien angelegt worden ist, auf denen sich produktiver Waldbestand befand. Die Zahl der angestellten Beamten hat sich von 1900 bis 1905 um 13,7 Prozent vermehrt, die bezahlten Gehälter sind um 43 Prozent gestiegen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist zurückgegangen, ein Umstand, der in dem Abnehmen der Produktion seinen Grund hat.

Die im Jahre 1905 gezählten Betriebe wurden von 620 Firmen, 535 Einzelunternehmern, 130 Aktiengesellschaften und 2 Gesellschaften mit beschränkter Haftung geführt. Im Jahre 1900 hatte sich das Verhältnis etwas mehr zugunsten der einzelnen Unternehmer gestellt; unter den 1503 Betrieben waren 726 Firmen, 713 Einzelunternehmer, 130 Aktiengesellschaften und zwei Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Der einzelne Unternehmer wird durch das Bestreben, zu konzentrieren, im Laufe der Jahre auch hier verdrängt. Dies ist hauptsächlich im Staate Florida der Fall, wo sich von den 7 Betrieben, die mit einem Kapital von über 100 000 Dollar arbeiten, 2 befinden und mehr als die Hälfte der Betriebe vorhanden ist, die mit mehr als 20 000 Dollar Kapital arbeiten.

Im Vergleich zu dem Wert des produzierten Terpentins und Garzes, sagt der kapitalistische Verfasser dieser Mitteilungen in der Zeitschrift „Chemische Industrie“, ist das in den einzelnen Betrieben, selbst den größten, angelegte Kapital ein verhältnismäßig geringes. „Der wirkliche Großbetrieb, wie er des öfteren von den bedeutenden Händlern versucht worden ist, hat sich nie bewährt. Das liegt an den eigentümlichen Verhältnissen des Südens und dem Charakter sowohl des farbigen Arbeiters, der meist nur von der Hand in den Mund leben will, wie des farbigen Besitzers oder Pächters, der an eine Ausdehnung seines Betriebes nicht denkt.“ Diese Schlussbemerkung steht einigermaßen in Widerspruch mit der oben nach den amtlichen Ziffern festgestellten Tendenz des Kapitals, sich auch in dieser Branche zu konzentrieren. Der Kapitalismus ist noch stets über alle Klimatischen und sonstigen Eigentümlichkeiten zur Tagesordnung übergegangen. Und so wird es wohl auch in dieser Branche der chemischen Nebenproduktion des amerikanischen Südens werden. Die kapitalistische Entwicklung ist auch hier nur eine Frage der Zeit.

## Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

### — Eine Zwitterorganisation.

Der christliche Gewerkeverein der lippschen Ziegler kann wohl mit Recht als ein Kuriosum in der Arbeiterbewegung gelten. Der Gewinnung nach ist er schwarz, der Ton, den er anfährt, ist oft rot, nach seiner Tätigkeit zu urteilen, ist er gelb, und im übrigen wechselt er die Farbe ganz nach Bedarf. Er ist eine „Arbeiterorganisation“, die sich aus Arbeitern, Meistern, Technikern und Ziegeleibesitzern rekrutiert, und an deren Spitze einige Ziegeleimeister, ein Justizrat und ein Pastor stehen. Jeder, der sich als Anhänger der Sozialdemokratie dant, wird nach § 15 des Statuts ausgeschlossen, sie wollen aber, wie in einem Artikel der Nummer 32 des „Gut Brand“ gesagt wird, die Sozialdemokraten als Mitglieder lieb behalten. Der Gewerkeverein erstrebt nach § 2 seines Statuts die Hebung der wirtschaftlichen Lage des Zieglerstandes, aber nur auf christlich-patriotischer Grundlage. Streiken ist streng verboten. Denn erstens ist diese wichtigste Waffe der Arbeiterschaft ein Kampfmittel der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, mit denen der Gewerkeverein der Ziegler nichts gemein haben will, und zweitens gehört zum Streiken auch Geld, das er bis jetzt noch nicht hat. Laut Statut können nur deutsche Ziegler Mitglieder werden, Nichtziegler dagegen werden Ehrenmitglieder, die sogar wählbar sind zum Vorstand. Diese wenigen Proben der Vielfältigkeit, oder besser gesagt der Einseitigkeit genügen eigentlich schon, um dem seltenen Exemplar einer Arbeiterorganisation einen Platz in Rußlands Panoptikum zu sichern. Da jedoch gerade der letzte Teilbericht der Generalversammlung des Gewerkevereins, die am 17. Februar stattfand, erschienen ist, wollen wir noch einige Betrachtungen über die Tätigkeit des Vereins anstellen.

Schon wiederholt haben wir auf die Widersprüche hingewiesen, in die sich diese Ausarbeiterorganisation durch ihre Zwitterstellung verwickelt. In seinem Harmoniebüchel pendelt der Gewerkeverein beständig zwischen Unternehmer-, Meister- und Arbeiterinteressen hin und her, wobei natürlich die Interessen

